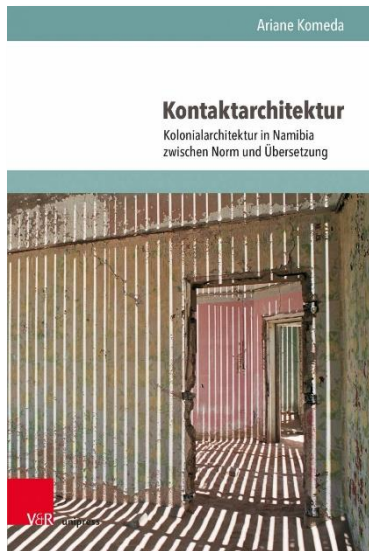




Ariane Komeda

Kontaktarchitektur.

Kolonialarchitektur in Namibia zwischen Norm und Übersetzung

(mit einem Vorwort von Ákos Moravánszky)

V&R unipress | Göttingen 2020
535 Seiten, gebunden | 80,00 €
ISBN 978-3-8471-1033-0

rezensiert von

Frank Rochow, Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg

Ariane Komeda widmet sich in ihrer 2020 veröffentlichten Dissertationsschrift zur deutschen Kolonialarchitektur in Südwesafrika einem Forschungsfeld, dem in der jüngsten Zeit vermehrt Aufmerksamkeit zuteilgeworden ist. Neben Komeda sind in erster Linie die Arbeiten Itohan Osayimwese und Michael Falsers zu nennen.¹ Insbesondere letzterer entwirft ein Bild kolonialer Architektur als Resultat eines globalen Architekturdiskurses, das er der Idee einer reinen Durchsetzung kolonialherrschaftlicher Entwürfe entgegenstellt. In gleicher Weise beansprucht Komeda mit ihrer Studie und dem darin verwendeten Konzept der Kontaktarchitektur methodologische Anregungen für eine Neubewertung der Architektur- und Baupraxis im kolonialen Kontext zu geben.

Nach einem Vorwort des Architekturhistorikers Ákos Moravánszky stellt Komeda sehr umfänglich die theoretischen Grundlagen ihrer Arbeit dar. Sie greift die verschiedenen Diskurse der Kultur- und Sozialwissenschaften auf, womit es ihr gelingt, an die verschiedenen Stränge der Postcolonial Studies anzuschließen und sie durch ihre architekturhistorische Sicht zu erweitern. Unter den vielen Konzepten und Methoden, mit denen sich Komeda beschäftigt, nimmt Mary Louise Pratts Konzept der »contact zone« eine herausragende Rolle ein.² Dies lässt bereits der Titel des Buches erkennen. Komeda versteht unter Kontaktarchitektur eine »Zone, in der sich Akteure unterschiedlicher Herkunft und kultureller Orientierung treffen und miteinander um architektonische Lösungen ringen.« (S. 58) Daraus folgt die These, dass »deutsche Kolonialarchitektur [...] Ausdruck und gleichzeitig Substanz transkultureller Überlagerungen und wechselseitiger Beeinflussung« ist (S. 13). Das Anliegen der Autorin besteht darin, jenen Akteuren innerhalb dieses Aushandlungsprozesses Aufmerksamkeit zu widmen, die oft wenig Beachtung finden. Hierzu zählt sie sowohl die kolonialen Akteure vor

¹ Itohan Osayimwese, *Colonialism and Modern Architecture in Germany*, Pittsburgh 2017; Michael Falser (Hrsg.), *Deutsch-koloniale Baukulturen. Eine globale Architekturgeschichte in 100 Primärquellen*, Passau 2023.

² Mary Louise Pratt, *Arts of the Contact Zone*, in: *Profession* 25, 1991, S. 33–40.

Ort als auch die einheimische Bevölkerung. Als Quelle dienen ihr neben textlichen Überlieferungen in Form von Akten und Publikationen sowohl ein Interview mit einem Zeitzeugen als auch die Bauwerke selbst.

Im zweiten Kapitel skizziert die Autorin den historischen Kontext ihres Themas. Sie geht auf die Situation in Südwesafrika um 1900 ein und setzt mit Ausführungen zu den »geistigen Strömungen im deutschen Kaiserreich« (S. 92) und »zeitgenössischen Architekturströmungen« (S. 107) fort. Diese Hintergrundinformationen sind zweifellos sinnvoll und helfen bei der späteren Einordnung der kolonialen Bauvorhaben. Leider wirkt ihre Behandlung aber schematisch und wenig konzis. Zudem vermag der explizite Fokus auf Deutschland nicht ganz zu überzeugen, war der Kolonialarchitekturdiskurs doch ein europäischer bzw. globaler. Mit diesem Fokus – und der im weiteren Buch undifferenzierten Rhetorik vom »afrikanischen Know-how« (S. 191) – konterkariert die Autorin ihren eigenen Anspruch, die in der Forschung reproduzierten kolonialen Herrschaftsasymmetrien aufzubrechen.

Das dritte Kapitel »Kolonialarchitektur transdisziplinär« beginnt erneut mit einer Reflexion zu Begriffen und Methode. Erst ab Unterkapitel 3.2, das sich mit den zeitgenössischen Diskursen zur Kolonialarchitektur beschäftigt, geht es um das eigentliche Thema der Arbeit. Hier gelingt es Komeda anhand konkreter architektonischer Fragestellungen die theoretischen Überlegungen zusammenzubringen und in ihrer Relevanz aufzuzeigen. Die Veranda als genuin koloniale Architektur, die einerseits aus den klimatischen Bedingungen vor Ort und andererseits diskursiv in Deutschland entwickelt wurde, nimmt in diesem Zusammenhang als sozialer Ort innerhalb des kolonialen Kontextes eine wesentliche Rolle ein. Im anschließenden Unterkapitel setzt sich die Autorin mit den Akteuren der kolonialen Bautätigkeit auseinander. Mit ihrem Schwerpunkt auf die »lokale Führungsschicht«, die Beamten und auf »deutsche Intermediaries und private Akteure« legt Komeda den Fokus auf die Kolonisierenden, die sie aber nicht als homogene Gruppe versteht. Entsprechend hebt sie klar die komplexen Interessenlagen und gesellschaftlichen bzw. sozialen Einbettungen der verschiedenen Akteursgruppen heraus und analysiert deren Möglichkeiten, auf das Baugeschehen vor Ort Einfluss zu nehmen, sowie ihre unterschiedliche Bereitschaft zur Beschäftigung mit den lokalen Gegebenheiten. Fruchtbar wird dies im folgenden Abschnitt zu »materiellen und technischen Übersetzungen« (S. 194). Komeda kann hier wieder anhand konkreter Fallstudien etwa zur Verwendung von Kuhdung oder von Putz zur Fassadengestaltung die Verbindung zu größeren Diskursen herstellen und zugleich die Besonderheiten des kolonialen Kontextes hervorheben.

Mit dem vierten folgt nun das inhaltlich stärkste Kapitel. Am Beispiel des Gouverneursgebäudes und der Christuskirche in Windhoek sowie des Wohnhauses der Familie Eckenbrecher in Okombahe arbeitet Komeda drei leitende Prinzipien der Kontaktarchitektur heraus. Das erste Beispiel beschreibt die Aushandlung architektonischer Gestaltung zwischen Kolonie und Mutterland und erlaubt Einblicke in die Funktionsweise des kolonialen Beamtenapparates. Das zweite hebt den sozialen Aspekt des kolonialen Bauens hervor, womit in erster Linie verschiedene Abhängigkeiten thematisiert werden. Dies bezieht sich einerseits auf die Finanzierungshilfen aus dem Mutterland, schließt aber auch die Abhängigkeit vom lokalen Arbeitsmarkt ein. Mit dem Wegfall von Arbeitskräften und der Einführung von Zwangsarbeit zum Bau der Kirche offenbart dieses Beispiel die enge Verflechtung zwischen kolonialem Bauen und kolonialer Gewalt. Im dritten Fall gelangt der Autorin zufolge »das Kontaktmoment als Akt einer sich architektonisch manifestierenden transkulturellen Kooperation [...] vollends zur Ausprägung« (S. 309).

In ihrem Resümee hebt die Autorin die Ergebnisoffenheit des Diskurses in der deutsch-südwesafrikanischen Kolonie und damit den Laborcharakter dieser Region für die Architekturschaffenden vor Ort hervor. Der Prozess der Aushandlung wurde durch vielfältige Kontakt- und Übersetzungsmechanismen geformt. Komeda bekräftigt zudem erneut ihr methodologisches Anliegen, eine »fruchtbare Allianz« zwischen soziokulturellen und »konventionellen bautheoretischen« (S. 322) Forschungsansätzen herzustellen und damit zugleich Impulse für die Heritage-Forschung zu geben. Der Mehrwert dieses Bandes liegt klar

in diesem grundsätzlichen Ansatz und in den empirischen Fallstudien. Der Umfang dieser Erhebungsarbeit wird erst durch den mehr als 100 Seiten umfassenden Katalog am Ende des Buches deutlich, in dem 68 Bauwerke der deutschen Kolonialzeit im heutigen Namibia abgebildet, beschrieben und in ihrer Bedeutung eingeordnet werden. Fünf Tabellen liefern im Anhang einen präzisen Überblick über die Forschungsergebnisse. Besonders hervorzuheben ist Tabelle 3, aus der die Analysekategorien ersichtlich werden, nach denen sich Komeda mit den kolonialen Bauwerken beschäftigt hat.

Die Publikation weist jedoch auch einige gravierende Schwächen auf. Die inhaltlichen Abschweifungen, Wiederholungen und Redundanzen – auch wenn sie eloquent formuliert sind – mindern die Lesbarkeit entscheidend. Die komplexen methodologischen und theoretischen Überlegungen werden nicht in eine anwendbare Methode übersetzt, die sich an den zur Verfügung stehenden Quellen orientieren würde. Zusammen mit den offensichtlichen Fehlern und inhaltlichen Ungereimtheiten – so ist das kamerunische Duala zur Hauptstadt Togos (S. 80) und Wismar zu Weimar (S. 188) geworden – hätten diese Mängel durch ein gewissenhaftes Lektorat beseitigt werden können. Auch gelingt es der Autorin nicht, die Baustelle selbst als »umstrittene Kontaktzone« (S. 311) in den Fokus zu rücken. Bedauerlich ist das nicht zuletzt deshalb, weil ihr mit dem Interview eines ehemaligen Schreiners in Kolmanskop hierfür eine innovative Quelle zur Verfügung gestanden hätte. Stattdessen zieht Komeda es vor, sich mit dem traditionellen Quellenkorpus zu beschäftigen und wird dadurch zwangsläufig in die Position gebracht, die Rolle der indigenen Bevölkerung nur aus Sicht der Kolonisierer:innen analysieren zu können.

Diese Einschränkungen mindern die Überzeugungskraft der grundlegenden Idee der Kontaktarchitektur. Die Autorin selbst verwendet im Laufe des Buches vermehrt den Begriff der Kolonialarchitektur, den sie eigentlich doch überwinden wollte. Dazu kommt die grundsätzliche Fehlannahme, dass das Deutsche Reich im Bereich des Kolonialismus bei Erlangung seiner ersten formalen Kolonien in den 1880er-Jahren »unerfahren« war (z.B. S. 316). Besonders auf der Ebene der nichtstaatlichen Akteure zeigt sich die zeitliche Diskrepanz zwischen kolonialen Begegnungen und dem Vorhandensein formaler Kolonien. Im Bereich der Architektur ist daher auch auf die Aktivitäten deutscher Architekten und Bauunternehmer in Kolonien anderer europäischer Staaten hinzuweisen.³ Um diese Verbindungen im Sinne einer globalen Architekturgeschichte aufzudecken wird es weiterer Forschungsarbeit benötigen. Komedas Fallstudie bietet hierfür eine solide Basis.

Zitierempfehlung

Frank Rochow, Rezension zu: Ariane Komeda, Kontaktarchitektur. Kolonialarchitektur in Namibia zwischen Norm und Übersetzung, V&R unipress, Göttingen 202, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82062.pdf>> [10.3.2025].

³ Vgl. *Elke Pflugradt-Abdel Aziz*, Islamisierte Architektur in Kairo. Carl von Diebitsch und der Hofarchitekt Julius Franz – Preußisches Unternehmertum im Ägypten des 19. Jahrhunderts, Düsseldorf 2003.



Hans-Ulrich Thamer

Zweite Karrieren.
NS-Eliten im Nachkriegsdeutschland

Bebra Verlag | Berlin 2024
288 Seiten, gebunden | 26,00 €
ISBN 978-3-89809-250-0

rezensiert von

Jost Dülffer, Universität zu Köln

Mit dem Ende der NS-Herrschaft 1945 waren diejenigen Deutschen, die überlebt hatten, ja noch da. Unter ihnen bürgerte sich schnell der Begriff des »Ex-Nazi« ein. Damit war die Vorstellung verbunden, jetzt könnten fast alle einfach wieder als Demokraten auftreten. Das überdeckte, dass die Deutschen auf allen Ebenen der Gesellschaft die NS-Herrschaft getragen hatten, Verbrechen begangen hatten oder an ihnen beteiligt gewesen waren. Die zahlreichen alliierten Prozesse gegen Kriegsverbrecher, voran die in Nürnberg, förderten zwar bald und sichtbar die verbrecherischen Dimensionen des NS-Regimes zutage. Gerade dadurch fühlten sich jedoch viele der übrigen Deutschen entlastet, die die zunächst recht weitgestreuten Entnazifizierungsmaßnahmen über die Prozesse hinaus als »Siegerjustiz« diffamierten.

Der Münsteraner Historiker Hans-Ulrich Thamer, einer der besten Kenner der deutschen Geschichte der Jahre 1933 bis 1945, hat sich in diesem Band eines zentralen Aspekts dieses Themas angenommen: Die Rolle der NS-Eliten nach 1945. Diese war zwar auch zuvor immer wieder behandelt worden, aber zumeist nur in dem angedeuteten Rahmen: wenige schuldig, die anderen damit unbelastet. Dennoch fanden sich zunehmend Zeugnisse der NS-Biografien auch der nur scheinbar Unbelasteten. Bereits 2001 sprach etwa Norbert Frei in einem von ihm verantworteten und ganz ähnlich aufgebauten Sammelband von »Karrieren im Zwielficht«.¹ Der Begriff der NS-Eliten in Nachkriegsdeutschland impliziert zugleich, dass es auch noch andere Eliten gab, etwa unter den rückkehrenden Emigranten und den NS-Verfolgten, die sich gleichermaßen an den Neuaufbau von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft machten. Diese Auseinandersetzungen und Arrangements sind aber nicht das Thema von Thamer, sondern es geht ihm im Kern um die Nachgeschichte der vormaligen Funktionseliten des nationalsozialistischen Deutschlands.

¹ Norbert Frei (Hrsg.), Karrieren im Zwielficht. Hitlers Eliten nach 1945, Frankfurt am Main 2001.

Dass dies ein langer, moralisch vielfach belasteter und risikoreicher Prozess war, ist seit jeher bekannt und immer wieder diskutiert worden. Schon Filme wie Wolfgang Staudtes »Rosen für den Staatsanwalt« (1959) brachten das einem breiteren Publikum recht eindringlich nahe. Nach den Kriegsverbrecherprozessen und der Entnazifizierung nahm seit den 1960er-Jahren langsam die historische Forschung Fahrt auf. In den letzten knapp zwei Jahrzehnten ist darüber hinaus die NS-Vergangenheit einzelner Ministerien und Behörden zum Gegenstand intensiver Forschung geworden. Meist von den jeweiligen Behörden an unabhängige Historiker vergeben, sind etliche detaillierte Studien erarbeitet worden. Thamer schickt sich in diesem Band an, eine Bilanz jener »Behördenforschung« vorzulegen; das ist gut, gerade weil er selbst nicht unmittelbar daran beteiligt war.

In Abweichung von dieser Aufarbeitung entlang von Ministerien und anderen *Behörden* geht Thamer indes sektoral von den *Bereichen* der Gesellschaft aus. In den Blick genommen werden im Einzelnen Wirtschaftler, Juristen, Mediziner, Militärs und Nachrichtendienstler, sodann – nicht ganz kongruent, da nur bedingt als Eliten definierbar – Wissenschaftler, Journalisten und Vertreter der Bildenden Künste. Durchweg geht Thamer dabei exemplarisch vor und deutet kollektive Dimensionen wie etwa Verdrängungsmechanismen und Schweigekonventionen nur an.

Thamer erhebt den Anspruch, beide deutschen Staaten nach 1945 einzubeziehen. Doch das wird nur in einem recht knappen Kapitel über die DDR eingelöst. Im Kern ging der zweite deutsche Staat nicht sehr weit in der Aufdeckung von NS-Belastungen im eigenen Land: Wer sich positiv zum Mitmachen in der neuen Gesellschaft bereitfand und sich entsprechend anpasste, hatte damit zumeist Erfolg. Das galt nicht nur für die kleinen Nazis, sondern auch für die Funktionseliten, wie Thamer an einigen Personen deutlich macht. Zugleich versuchte die DDR-Führung mit gezielten (und zumeist zutreffenden) Enthüllungen über NS-Belastungen in Westdeutschland auf die dortige politische und mediale Szene einzuwirken.

Thamer möchte keine rein politische Geschichte, eine der Interaktion der Protagonisten im politischen Feld, schreiben. Er will vielmehr darüber hinaus eine Perspektive »des politischen Handelns wie des Redens und des Schweigens über die NS-Vergangenheit« (S. 26) entwickeln. Die sektoralen Kapitel sind jeweils chronologisch aufgebaut. Vielfach rekonstruiert er zunächst die NS-Karrieren von Angehörigen der Nachkriegseliten, verfolgt ihre Schicksale in den ersten Jahren nach 1945, schildert sodann ihre jeweilige Rechtfertigung für ihr Verhalten unter der NS-Herrschaft und prüft schließlich die gesellschaftliche Akzeptanz dieser Argumente. Das ist nicht originär recherchiert oder neu, versucht aber aus der mittlerweile reichhaltigen Forschung durch Einzelfälle auch das Typische zu erfassen.

Um nur wenige Beispiele herauszugreifen: Hans-Günther Sohl ein führender Vertreter des Rüstungsproduzenten Vereinigte Stahlwerke, die für ihre Produktion massiv von Zwangsarbeit abhängig waren und davon profitierten, suchte 1945 sogleich wieder ein Kontaktnetz deutscher Wirtschaftsführer zu knüpfen, um auf die Politik Einfluss zu nehmen. Er wurde zwar von den Amerikanern wegen seiner NS-Belastungen zunächst für anderthalb Jahre interniert, vermochte es danach aber wieder in die Vereinigten Stahlwerke zurückzukehren, kämpfte gegen Demontagen und beendete seine Laufbahn von 1972 bis 1976 als Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, dann auch von Amerikanern als Architekt der Rekonstruktion und (so Thamer nach Toni Pierenkemper u.a.)² als typischer autoritärer Generaldirektor mit antigewerkschaftlichem Kurs geschätzt. An anderer Stelle spricht Thamer von einer »Elitenzirkulation«, bei der die vormaligen NS-Wirtschaftsführer altersbedingt durch den vor 1945 noch in zweiter Reihe wirkenden Nachwuchs abgelöst worden seien.

Besonders eindringlich werden die Mediziner erfasst. Hier dient Otmar von Verschuer als zentrales Beispiel. Schon nach dem Ersten Weltkrieg als radikalnationalistischer Student aktiv,

² Toni Pierenkemper, Hans-Günther Sohl. Funktionale Effizienz und autoritäre Harmonie in der Eisen- und Stahlindustrie, in: Paul Erker/ders. (Hrsg.), Deutsche Unternehmer zwischen Kriegswirtschaft und Wiederaufbau. Studien zur Erfahrungsbildung von Industrie-Eliten, München 1999, S. 53–107.

entwickelte Verschuer seit den 1920er-Jahren die erbbiologische Zwillingsforschung. Er wurde damit (neben manchen anderen) zu einem zentralen Vordenker der NS-Rassentheorie mit großer Breitenwirkung auch auf die Praxis, bis hin zum Wirken seines Schülers Josef Mengele in Auschwitz. Verschuer gelang 1950 mit breiter fachlicher Unterstützung die neue Berufung an die Universität Münster, an der er 1965 emeritiert wurde.

Den größten Raum nehmen bei Thamer aber die Juristen ein, ein Berufsstand, der in den meisten Ministerien von zentraler Bedeutung war und bis heute ja blieb. Hier werden schlüssig die untereinander widersprüchlichen Hauptrechtfertigungen dekonstruiert. Man habe nur geringen Einfluss gehabt, nur positivistisch geltendes Recht angewandt (»Was damals rechtens war, kann heute nicht Unrecht sein«, formulierte der frühere Marinerichter und spätere Ministerpräsident Hans Filbinger 1978) oder – anders – Furcht vor eigener Verfolgung gehabt; schließlich: die strikte staatliche Lenkung der Justiz habe eine unabhängige Rechtssprechung unmöglich gemacht.

Dabei zeigt Thamers Studie eine Fülle von Wandlungen und Widersprüchen auf. Für den Bundesnachrichtendienst etwa hat bereits Gerhard Sälter postuliert, man müsse neben den Biografien der Akteure und den Rekrutierungspraktiken der Organisationen auch das Organisationshandeln und ihre Diskurse in den Blick nehmen.³ Gerade letzteres kann zwar auch Thamer nur bedingt leisten. Aber die Frage nach den Netzwerken in allen und zwischen allen Eliten sowie nach den zentralen weltanschaulichen Überzeugungen und sonstigen Antriebskräften der Eliten stellt ein weiter zu vertiefendes Thema dar, bei dessen Behandlung man über Unbehagen oder Empörung angesichts der zweiten Karrieren hinausgehen sollte, um – in den Worten Thamers – zu einer »differenzierteren und historisierenden Rückschau« (S. 29) zu gelangen. Anders gewendet: der Schwerpunkt in diesem Band liegt auf den mentalen Anpassungs- und Verdrängungsprozessen, gleichsam als Lernen erster Ordnung. Das zweite Lernen, die grundsätzliche mentale Umorientierung auf Demokratie und Gesellschaft, die damit parallel einhergehen konnte (oder auch nicht), verdient über die hier geleistete Synthese hinaus künftig noch breitere Beachtung.

Thamers Bilanz der »Aufarbeitung« der NS-Zeit thematisiert die geschichtspolitischen Ursachen und Bedingungen, unter denen die »Behördenforschung« der letzten gut zwei Jahrzehnte lief, nicht mehr ausdrücklich. Für die ersten ein oder zwei Jahrzehnte nach 1945 diagnostiziert er, es sei eine »Utopie« gewesen, zu »einer umfassenden gesellschaftlichen Neuordnung und eines Experiments der Neugruppierung des Staatsapparates mit unbelasteten, aber auch unerfahrenen Kräften« zu gelangen; das sei nur in der DDR mit negativem Ausgang unternommen worden (S. 263). In diesem Sinne schließt er sich der These von Hermann Lübke aus dem Jahr 1983 an, dass eine Grundbedingung für gesellschaftliche Stabilität in der frühen Bundesrepublik ein »kommunikativen Beschweigen« der NS-Zeit gewesen sei.⁴ Das habe – so Thamer – zwar schwere moralische Hypotheken mit sich gebracht, dafür aber für Wiederaufbau und Stabilität gesorgt habe. Gerade das erscheint fragwürdig und wird weiter zu diskutieren bleiben.

Zitierempfehlung

Jost Dülffer, Rezension zu: Hans-Ulrich Thamer, *Zweite Karrieren. NS-Eliten im Nachkriegsdeutschland*, Bebra Verlag, Berlin, in: *Archiv für Sozialgeschichte* (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82061.pdf>> [10.3.2025].

³ Gerhard Sälter, *NS-Kontinuitäten im BND. Rekrutierung, Diskurse, Vernetzungen*, Berlin 2022, S. 193.

⁴ Hermann Lübke, *Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewußtsein*, in: *HZ* 236, 1983, S. 579-599.



Benjamin Möckel

Die Erfindung des moralischen Konsumenten.
Globale Produkte und politischer Protest seit den
1950er Jahren

Wallstein Verlag | Göttingen 2024
618 Seiten, gebunden | 56,00 €
ISBN 978-3-8353-5607-8

rezensiert von

Reinhild Kreis, Universität Siegen

Nach über 500 Seiten Lektüre zur Verschränkung von Konsum, Moral und Protest seit den 1950er-Jahren legt man das Buch beeindruckt und ernüchtert zugleich aus der Hand: beeindruckt von der Vielfalt und dem langen Atem der Versuche, bei Verbraucher:innen, Unternehmen und Regierungen ein Bewusstsein für die moralischen Dimensionen von Konsum zu etablieren – und ernüchtert davon, wie ausgesprochen zäh sich dieses Unterfangen bis heute gestaltet. Öko-Produkte und fair gehandelte Waren, die beiden Hauptuntersuchungsgegenstände des Buches, bleiben auch nach Jahrzehnten ein Nischenmarkt bei stetig wachsendem Gesamtkonsum, wie der Autor im Fazit betont. Die Kund:innen wählen weiterhin nach anderen Kriterien, unternehmerische Anstrengungen beschränken sich häufig auf die Selbstdarstellung, politische Rahmensetzungen sind moderat. Die Kategorien Erfolg und Misserfolg sind jedoch nicht das Thema der Habilitationsschrift von Benjamin Möckel. Ihm geht es sehr viel grundsätzlicher um die Frage, wie sich seit den 1950er- und vor allem seit den 1970er-Jahren ein »neues Verständnis von Konsum als eines politisch relevanten Handlungsfeldes« (S. 9) herausbildete. Dies ist auch gemeint, wenn im Buchtitel von einer »Erfindung des moralischen Konsumenten« die Rede ist.

Genau genommen handelt es sich dabei um eine Neu-Erfindung; Möckel betont gleich im ersten Kapitel die lange Geschichte der Verschränkung von Konsum und Moral in der Moderne. Aus dieser leitete sich jedoch kein Automatismus ab, sondern sich wandelnde ökonomische, gesellschaftliche und politische Bedingungen sowie Moralvorstellungen erforderten immer wieder neue Anstrengungen, Konsum in der Öffentlichkeit als politisch und moralisch zu perspektivieren. Mit Blick auf die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts grenzt sich Möckel von Interpretationen ab, die diesen Zeitraum durch eine stetig fortschreitende Moralisierung von Konsum oder aber als zunehmende Kommodifizierung von Moral gekennzeichnet sehen. Vielmehr will er moralische Konsumpraktiken in ihrer Verwobenheit mit den globalisierten Massenkonsumgesellschaften Großbritanniens und der Bundesrepublik (und somit nicht als ihr Gegenstück) zeigen. Als moralischen Konsum fasst Möckel dabei alle »Konsumpraktiken und -

produkte, die über ihren ökonomischen Wert hinaus auf spezifische soziale, politische oder ökologische Aspekte hin orientiert sind« (S. 13) – die im Buch exemplarisch behandelten Menschenrechts- und Umweltfragen sind also als wichtige Fallbeispiele eines weitaus umfassenderen Phänomens zu verstehen.

Im deutsch-britischen Vergleich spannt das Buch einen weiten Bogen. Den ersten inhaltlichen Schwerpunkt bilden Boykotte und Konsumproteste in der Menschenrechtsbewegung, insbesondere die großen und langjährigen Boykottaktionen gegen Nestlé sowie gegen Waren aus und Handelskontakte mit Südafrika. Im folgenden Kapitel rückt der alternative Handel von den westdeutschen Weltläden bis zu den britischen Charity Shops in den Fokus, danach die konsumbezogene Dimension der Umweltbewegung. Die Kapitel nähern sich ihren Gegenständen aus mehreren Perspektiven. Die inhaltlichen Auseinandersetzungen der Gruppen um die beste Strategie und die konkreten Aktionen werden ebenso untersucht wie die Medialität der Produkte sowie die räumlichen Zusammenhänge urbaner Gefüge, des Ladens und des Privathaushalts – jener Räume also, in denen Menschen mit dem Konnex von Moral und Konsum konfrontiert werden oder bestimmte Konsumpraktiken auf der Basis bestimmter moralischer Standards pflegen sollten. Der Vergleich erweist sich dabei als ausgesprochen ertragreich, zeigt er doch die enorme Bandbreite an Lösungsansätzen für drängende Menschenrechts- und Umweltprobleme sowie deren Prägung durch bestehende Infrastrukturen und jeweils aktuelle gesellschaftliche, politische oder ökonomische Herausforderungen. Es ist erhellend zu lesen, dass es beispielsweise angesichts der langen Tradition von Läden in der Trägerschaft von Charity-Organisationen in Großbritannien gar keine Frage war, ob politische Themen im Rahmen eines kommerziellen Geschäfts verhandelt werden sollten – eine Frage, die in westdeutschen Ladengruppen des alternativen Handels stets umstritten blieb. Umgekehrt erwies es sich für Ketten wie Oxfam mit ihrem Schwerpunkt auf dem Verkauf von Second-Hand-Kleidung als sehr viel schwieriger, Lebensmittel in den Verkauf zu integrieren. Oxfam musste also ausgerechnet auf die Produktgruppe weitgehend verzichten, die besonders stark genutzt wurde, um die moralische Dimension von Konsum im Alltaghandeln bewusst zu halten.

Die folgenden drei Kapitel erweitern die bisherigen Themen. Zunächst richtet Möckel den Blick auf die globale Dimension der Anti-Apartheid-Kampagnen und der Nestlé-Boykotte sowie auf die Handelspartner des westdeutschen und britischen alternativen Handels. Auf der Basis von lokalen Archivbeständen, Interviews (die allerdings nicht näher quellenkritisch ausgeleuchtet werden) und gedruckten Quellen kann er beispielsweise zeigen, dass die oftmals westlichen Akteur:innen zugeschriebenen Protestaktionen Teil einer längeren Geschichte sind und ihre Wurzeln im globalen Süden haben. Im Falle der Nestlé-Boykotte trugen die Aktionen maßgeblich zur Herausbildung von Verbraucherschutzbewegungen bei, die auf die lokale Situation ausgerichtet waren. Auch die bei aller Rhetorik von Partnerschaft oftmals ungleichen Beziehungen der Geschäftspartner:innen treten deutlich hervor, die Produzent:innen des globalen Südens mussten oft genug ihre Mitspracherechte erstreiten. Bei allem Erkenntnisgewinn stellt sich die Frage, warum die globale Dimension in ein eigenes Kapitel ausgelagert wurde. Wenn es dezidiert darum geht, das Narrativ von westlichen Kampagnen, Hilfen und Solidaritätskampagnen zu brechen, müsste sich dieser Ansatz dann nicht auch im Aufbau der Untersuchung niederschlagen und die untrennbare Verwobenheit auch darstellerisch zeigen?

Die beiden abschließenden Kapitel zeigen zum einen die wirtschaftspolitischen Diskurse rund um neue Theorien wie »environmental economics«, »Umweltökonomie« und andere Ansätze, die umweltpolitische Themen in das wirtschaftliche Denken integrierten und Hoffnungen auf eine marktkonforme Lösung von Umweltproblemen weckten. Die unmittelbar erfahrbaren Umweltprobleme zogen in Großbritannien und der Bundesrepublik sehr viel mehr Aufmerksamkeit auf sich als die weit entfernt stattfindenden Menschenrechtsverletzungen im globalen Süden zogen. In diesem Zusammenhang interessierten sich auch Konzerne und Marktforschungsinstitute zunehmend dafür, inwiefern moralische Dispositionen Konsum-

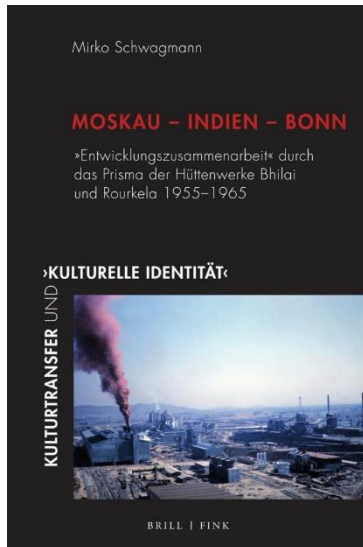
entscheidungen prägten. Dies führte zu neuen Erhebungs- und Typologisierungsverfahren, wie das Buch für die USA, Großbritannien und die Bundesrepublik zeigt. Zuletzt untersucht das Buch Prozesse der »Vermarktlichung im moralischen Konsum«, angefangen vom »moral merchandise« über neue Formen der Konsumratgeber bis hin zu medial vermarkteten popkulturellen Großevents. Spätestens hier wird der Übergang von »Praktiken des boycotts zu solchen des boycotts« (S. 453) sichtbar, in dem die Möglichkeit des moralisch richtigen Konsums gegeben zu sein schien.

In der Trias Konsum, Protest und Moral werden nicht alle Leitdimensionen über die gesamte Strecke des Buches an jeder Stelle konsequent gleich stark berücksichtigt. Gerade was die moralische Aufladung von Produkten, Praktiken und Menschenbildern angeht, bleibt die Rezensentin an manchen Stellen neugierig zurück. Umweltschutz und Menschenrechte sind moralisch in viele Richtungen ausdeutbar. An etlichen Stellen wird ausgeleuchtet, welche moralische Dimension jeweils im Vordergrund stand, doch in der zweiten Hälfte des Buches spielt jenseits von Großschlagworten wie Verantwortung, Gesundheit oder Menschenrechte kaum mehr eine Rolle, was und wie moralisiert wurde. Auch die Mehrheit der nicht »öko« oder »fair« konsumierenden Menschen bleibt blass – wenn moralischer Konsum zur Option wurde, galten die sich dagegen Entscheidenden den Aktivist:innen dann als unmoralisch, und wenn ja, wie? Hier eröffnet das Buch viele weitere Fragehorizonte.

Das große Verdienst der Studie ist es, über breite Quellenbestände ein historisches Feld erschlossen zu haben, in dem es nicht nur um Politik, Konsum und Moral geht, sondern in dem auch (wissenschaftliche) Darstellungen und Deutungen dieser Zusammenhänge häufig von politischen und moralischen Positionen geleitet werden. Detailreich, an einigen Stellen allerdings auch mit Redundanzen, zeigt das Buch die historische Genese bzw. Neudefinition der Idee der Konsument:innenmacht in zwei Gesellschaften, die seit den 1950er-Jahren enorme Zuwächse an Wohlstand und Konsum erlebten und in denen Menschenrechts- und Umweltgruppen über den Hebel des Alltagskonsums moralisch konnotierte Veränderungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft erreichen wollten. Was vielen der damaligen Akteur:innen und auch vielen heutigen Darstellungen als »alternative« Konsumformen galt, zeigt sich in der historischen Analyse als inhärenter Teil der Konsumgesellschaft.

Zitierempfehlung

Reinhild Kreis, Rezension zu: Benjamin Möckel, Die Erfindung des moralischen Konsumenten. Globale Produkte und politischer Protest seit den 1950er Jahren, Wallstein Verlag, Göttingen 2024, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82060.pdf>> [10.3.2025].



Mirko Schwagmann

Moskau – Indien – Bonn.

»Entwicklungszusammenarbeit« durch das Prisma der Hüttenwerke Bhilai und Rourkela 1955–1965 (Kulturtransfer und »Kulturelle Identität«, Bd. 14)

Brill Fink | Paderborn 2024
659 Seiten, Festeinband | 129,00 €
ISBN 978-3-7705-6887-1

rezensiert von

Aline Meyenberg, Johannes Gutenberg-Universität Mainz

1955 wurden in Indien zwei Stahlwerke gebaut – eines in Bhilai unter der Führung sowjetischer Ingenieure, eines in Rourkela von bundesdeutschen Stahlkonzernen. Die bundesdeutsche Öffentlichkeit wie auch die sowjetische Propaganda betrachteten die Werksgründungen als einen Wettstreit um Prestige: Wer errichtet in kürzerer Zeit das bessere Stahlwerk? Als Historiker:in wäre es ein Leichtes, dem Narrativ des Wettkampfs der Systeme, der Konfrontation zwischen Ost und West in der sogenannten Dritten Welt, auf den Leim zu gehen und die eigene Erzählung auf die Geschichte eines Wettbewerbs um die Gunst eines blockfreien Staates zu reduzieren. Mirko Schwagmann geht in seiner Studie »Moskau – Indien – Bonn« einen anderen Weg. Ausgehend von der durchaus kompetitiven Ausgangslage der zwei Werksgründungen erzählt Schwagmann eine Geschichte globaler Entwicklungszusammenarbeit, in der Indien zum Ort vieler Transfers von Ost nach West wurde. Statt der Konfrontation steht also der Transfer im Mittelpunkt dieser Untersuchung.

Schwagmanns Buch ist nebst Einleitung und Fazit in drei inhaltliche Kapitel gegliedert. Das erste dieser Kapitel befasst sich zunächst mit dem Technikkult und den Wirtschaftssystemen in der Bundesrepublik, der Sowjetunion und Indien, um dann die Baugeschichte der Hüttenwerke in Bhilai und Rourkela hinsichtlich des erfolgten Transfers von Hardware, Software und Know-how zu analysieren. Schwagmann verdeutlicht, dass die Bundesrepublik und die Sowjetunion Indien für seine Stahlhütten unterschiedliche Angebote machen konnten: Die Sowjetunion hatte durch ihre rapide Industrialisierung im Ersten Fünfjahresplan (1929–1934) Erfahrung mit dem schnellen Ausbau von Industrieanlagen und der raschen Ausbildung der für ihren Betrieb erforderlichen technischen Kader. Diesem soliden Angebot stellten die bundesdeutschen Akteure ein weitaus ambitionierteres entgegen: den Bau eines Stahlwerks, das dem allerneuesten Stand der Technik entsprach.

Auch die unterschiedliche Herangehensweise der beiden Länder an ihre Propaganda bzw. ihre Öffentlichkeitsarbeit in Indien werden im ersten der drei inhaltlichen Kapitel untersucht. Für

Bhilai wird deutlich, dass dieses Projekt für die Sowjetunion integraler Bestandteil einer allgemeinen Charmeoﬀensive gegenüber Ländern des globalen Südens war. Staatliche Propagandainitiativen begleiteten daher die sowjetische Präsenz vor Ort. Dagegen war der Bau in Rourkela ein privates Geschäft zwischen deutschen Firmen und dem indischen Staat. Krupp, Demag und anfänglich noch die Gutehoffnungshütte waren Vertragszeichner, die Bundesregierung sicherte lediglich die Bürgschaft zu. Der westdeutsche Staat war somit zunächst nur marginal an der Außenwirkung der Vorgänge in Rourkela interessiert. Gleichwohl festigte sich nach den ersten Skandalen um Rourkela auch in Bonn die Erkenntnis, dass dieses Projekt als Testfall der eigenen Leistungsfähigkeit auf dem Parkett der Entwicklungshilfe betrachtet werden müsse. Unterläge man »den Russen«, würde die Bundesrepublik »schweren politischen Schaden [...] erleiden« (Zit. nach S.96). Aus indischer Perspektive erweiterte der nahezu gleichzeitige Abschluss der Verträge und der von Presse und Öffentlichkeit wahrgenommene technische und wirtschaftliche Wettstreit den eigenen Verhandlungsspielraum. Nachdem der Vertrag über den Bau von Bhilai mit der sowjetischen Regierung abgeschlossen worden war, ließ sich die indische Regierung von bundesdeutscher Seite eine Erweiterung des Rourkela-Werkes einschließlich der Anwendung des modernen Linz-Donawitz-Verfahrens zusichern.

In Sachen Techniktransfer konstatiert Schwagmann, dass die Sowjetunion deutlich mehr Software und Know-how transferierte als die Bundesrepublik. Mit der Übergabe von Blaupausen zeigte man sich großzügig und war um Verständlichkeit bemüht, wie die Anfertigung von englischsprachigen Plänen zeigte. Zudem sicherte man zahlreichen Fachleuten im Bereich Metallurgie Ausbildungs- und Studienplätze in der Sowjetunion zu und »fuhr« das Werk mit paritätischer Besetzung der Schlüsselpositionen. In Rourkela hingegen war das Geschäftsklima zwischen Indern und Westdeutschen weniger günstig. Während im Bereich der Hardware ein beträchtlicher Transfer stattfand, wurde Software kaum transferiert und bei der Ausbildung von Fachleuten waren die Westdeutschen wenig engagiert. In Sachen Kulturtransfer beobachtet Schwagmann, dass die Bundesrepublik die erfolgreichen sowjetischen Propagandamaßnahmen anerkennend zur Kenntnis nahm und sich bei der eigenen Öffentlichkeitsarbeit vom sowjetischen Beispiel inspirieren ließ. Nicht zuletzt aufgrund des propagandistischen Erfolges der Sowjetunion zog man in Bonn die Konsequenz, das staatliche Engagement in der privatwirtschaftlichen Entwicklungsarbeit zu stärken.

Im zweiten inhaltlichen Kapitel geht es um den »menschlichen Faktor« (S.180), nämlich um die Experten und Spezialisten, die zeitweise in Bhilai bzw. Rourkela lebten. Mittels Tagebucheinträgen und Zeitzeugeninterviews, denen Schwagmann viel Raum gibt, lässt sich die Lebenswelt der Expatriates in Indien gut nachvollziehen. Dabei erscheinen vor allem die sowjetischen Spezialisten als bedeutender Faktor für den wahrgenommenen Erfolg Bhilais. Sie wurden sorgfältig ausgewählt – und zwar entgegen westlichen Verlautbarungen nicht nach ideologischer Standfestigkeit, sondern nach Können und charakterlicher Eignung. Die sowjetischen Behörden setzten auf »den Spezialisten« als Vertreter der Völkerfreundschaft und Repräsentant des sowjetischen Systems, in keiner Weise aber sollte er als kommunistischer Agitator auftreten. Sie schworen Monteure, Ingenieure und das übrige Personal auf einen strengen Verhaltenskodex ein. Die geheimdienstliche Überwachung, dank derer selbst der kleinste menschliche Fauxpas zur Rücksendung in die Heimat führte, tat ihr Übriges, dass das Verhalten der sowjetischen Expatriates zumeist vorbildlich war.

In Rourkela kam es hingegen zu einer Reihe von Skandalen, bei denen das Betragen der bundesdeutschen Experten nicht nur von Überheblichkeit und mehr oder minder offenem Rassismus zeugte, sondern mitunter sogar in Gewalt gegen Inderinnen und Inder mündete. Die Anfertigung pornografischer Bilder indigener Adivasi-Mädchen, die Folter eines angestellten Diensthofen sowie wiederholte Alkoholexzesse sind nur einige Beispiele, die Schwagmann aus den Quellen herausarbeitet. Im Vergleich der Auswahlprozesse zeigt er, dass die westdeutschen Werke ungeprüft jeden nach Indien schickten, der wollte. Weder die Arbeitsperformance noch irgendeine charakterliche Eignung wurden überprüft.

Im dritten inhaltlichen Kapitel untersucht Schwagmann die Rolle Indiens als Vermittler zwischen Ost und West. Schon in der Wahrnehmung der bundesdeutschen Zeitgenossen nahm Indien eine »Mittelstellung zwischen Ost und West« (S. 332) ein. Die indische Berichterstattung über die Hüttenprojekte in Rourkela und Bhilai war für den Transfer von Methoden der Entwicklungszusammenarbeit bedeutend. Während die Presse zu Bhilai rundum positiv war, dominierte über Rourkela ein negatives Bild. Westdeutsche Medien wie »Der Spiegel« griffen die indischen Berichte auf und sorgten für die Rezeption der indischen Perspektive auch in der Bundesrepublik. Die Anstöße zur Verbesserung der bundesrepublikanischen Entwicklungszusammenarbeit kamen somit indirekt auch von indischen Beobachtern selbst – immer mit Blick auf das vermeintlich besser laufende sowjetische Beispiel. Delegationsreisen von (sowjetischer, bundesdeutscher, indischer oder anderen) Politikern und Diplomaten führten oft sowohl nach Bhilai als auch nach Rourkela und ermöglichten so den direkten Vergleich. Die Spezialisten und Experten der jeweiligen Werke besuchten einander ebenfalls gegenseitig und befeuerten Austauschprozesse. So tauschten sowjetische und bundesdeutsche Ingenieure bei einem Zusammentreffen offen Bauzeichnungen zur Anschauung aus, die deutschen Besucher konnten sich in Bhilai zudem von der Wirkung der zwischenmenschlichen Bemühungen der sowjetischen Spezialisten um die indischen Kollegen auf die Inder überzeugen.

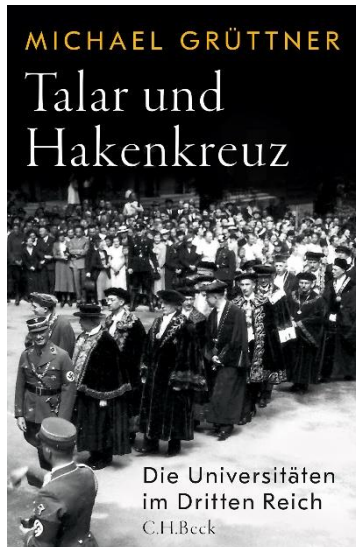
Rourkela und Bhilai stellten einen Anfangspunkt in einem Prozess der Professionalisierung der Entwicklungszusammenarbeit dar, deren zunehmende globale Verflechtung Schwagmann in seinem letzten Unterkapitel beleuchtet. Die Ursprünge der westdeutschen Entwicklungshilfe und der sowjetischen *sotrudničestvo* (russisch: »Zusammenarbeit«) verweisen erneut auf die Rolle der Systemkonfrontation im Kalten Krieg: Auch auf diesem Feld wollte man dem Gegner keinen Vorteil im Kampf um Herzen und Köpfe bieten. Schwagmann weist aber zurecht darauf hin, dass der Fokus der Forschung zur Entwicklungszusammenarbeit auf die Geberländer mitunter den Blick auf den Handlungsspielraum der Nehmerländer verstellt und daher eine eindimensionale Deutung der Entwicklungshilfe im Narrativ der Systemkonkurrenz zu kurz greift. Auch wenn Schwagmann hier weiterhin quellengestützt arbeitet, erstaunt es doch, dass er dieses eher einordnende Kapitel ans Ende seiner Abhandlung stellt – es hätte den Leser:innen als historische Kontextualisierung am Anfang der Arbeit die Einordnung seiner Analyse erleichtert.

Methodisch schöpft Schwagmann in seiner Arbeit aus den Vollen: Neben Oral History kommt das Stufenmodell nach Ruttan und Hayami (Technologietransfer) zur Anwendung, eine Netzwerkanalyse wird vorgenommen, Elemente der Mikro- und Mentalitätengeschichte zu einer »dichten Beschreibung« des Alltags in den Ausländerkolonien der Stahlstädte Bhilai und Rourkela eingebunden. Angesichts der Vielfalt der Quellen ist der von Schwagmann selbst so bezeichnete Methodenmix grundsätzlich angemessen. Er verlangt den Leser:innen aber auch einiges ab. So muss man sich vor jedem Kapitel aufs Neue in die methodischen Feinheiten desselben einlesen. Dass Indien dem Bestreben des Autors um eine postkolonialistische Perspektive zum Trotz in seiner Untersuchung weniger als Akteur hervortritt, ist der bedauerlichen Tatsache geschuldet, dass ein Archivaufenthalt des Historikers in Indien durch die Corona-Pandemie vereitelt wurde.

Schwagmanns Arbeit besticht durch die Originalität ihrer Fragestellung, durch den breiten und diversen Quellenfundus sowie durch die Einbettung in mehrere Forschungsrichtungen. Entstanden ist ein beeindruckendes Werk, dass die New Cold War Studies ebenso bereichert wie die Geschichte der Entwicklungszusammenarbeit.

Zitierempfehlung

Aline Meyenberg, Rezension zu: Mirko Schwagmann, *Moskau – Indien – Bonn. »Entwicklungszusammenarbeit« durch das Prisma der Hüttenwerke Bhilai und Rourkela 1955–1965*, Brill Fink, Paderborn 2024, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82059.pdf>> [26.2.2025].



Michael Grüttner

Talar und Hakenkreuz.
Die Universitäten im Dritten Reich

C.H. Beck | München 2024
704 Seiten, Hardcover | 44,00 €
ISBN 978-3-406-81342-9

rezensiert von

Rüdiger Hachtmann, Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Michael Grüttner hat eine wichtige, den bisherigen Forschungsstand zusammenfassende Monografie zur Universitätsgeschichte des Dritten Reiches vorgelegt. Sie ist teils chronologisch, überwiegend aber thematisch gegliedert. Einem relativ knappen Kapitel über die Jahre bis 1933 folgt in Kapitel zwei eine ausführlichere Darstellung des Umbruchs an den Universitäten in der Anfangsphase der NS-Diktatur. Grüttner kann hier mit präzisen Zahlen aufwarten: 1.199 Universitätsdozenten wurden entlassen, weil sie nach den NS-Rassegesetzen als Juden galten – obwohl (wie Grüttner zeigt) eine Mehrheit unter ihnen sich jedenfalls konfessionell nicht mehr als Juden verstand – oder weil sie politisch oppositionell blieben. Die »Verlustquote« unter den bereits während der Weimarer Republik sehr wenigen Dozentinnen war mit 39,2 % fast doppelt so hoch wie unter ihren männlichen Kollegen. Die meisten Entlassenen emigrierten (vor allem in die USA und nach Großbritannien); immerhin 480 (40 %) blieben jedoch im Deutschen Reich. Ein trübes Kapitel der Nachkriegsgeschichte ist, dass von den 719 Emigranten nach 1945 nur 106 (15 %) wieder zurückkehrten – nicht zuletzt, weil an den bundesdeutschen Hochschulen die inzwischen etablierte Professorenschaft kein Interesse daran hatte, sie zurückzurufen. Deutlich wird in diesem sowie den weiteren Kapiteln auch, dass der Antiintellektualismus führender Nazis nicht mit Wissenschaftsfeindlichkeit gleichzusetzen ist; diese wollten keine Mandarine, die schulterklopfend kommentierten, was die führenden Protagonisten der »Bewegung« und der Diktatur »richtig« machten und was im Sinne eines »echten« Nationalsozialismus noch zu verbessern sei. An einer »kriegstüchtigen« Wissenschaft waren die maßgeblichen Nationalsozialisten dagegen brennend interessiert.

Nach Kapitel drei über die Strukturen, Ziele und Akteure der NS-Hochschulpolitik skizziert Grüttner in Kapitel vier überzeugend, dass das »Führerprinzip« zwar nominell verankert wurde, in der reichsdeutschen Universitätslandschaft angesichts der verschiedenen NS-Institutionen und -Organisationen, die Einfluss ausüben wollten, jedoch »Regellosigkeit dominierte« (S. 215), »schwache« Rektoren nicht selten waren und sich in den Leitungen vieler Hochschulen eine Art Kollegialprinzip durchsetzte. Bei der vieldiskutierten Frage, ob fachliche Leistungen oder

politische Gesinnungen für Berufungen ausschlaggebend waren, differenziert Grüttner nach Phasen: Anfangs seien neue Stellen »mit zuverlässigen Nationalsozialisten« besetzt worden (S. 239); »ab 1936/37 [hätten] fachliche gegenüber politischen Gesichtspunkten wieder stärker an Gewicht« gewonnen (S. 243); selbst dezidiert »negative Urteile von Parteistellen [seien] nicht [mehr] in Stein gemeißelt« gewesen (S. 247). Einen sehr guten Überblick bietet Grüttner außerdem über die neugegründeten Reichsuniversitäten Posen und Straßburg, über die drei österreichischen Universitäten sowie die Deutsche Karls-Universität in Prag, die Himmler zur SS-Universität umbauen wollte.

In Kapitel fünf konstatiert der Autor, es habe an der »Sozialstruktur des Lehrkörpers«, also dessen Rekrutierung vornehmlich aus bildungsbürgerlichen Schichten, »keine grundlegenden Veränderungen« gegeben (S. 301); gleichzeitig schrumpfte der ohnehin niedrige Anteil von Frauen auch auf den unteren universitären Hierarchieebenen ab 1933 überproportional. Grüttner arbeitet zudem heraus, dass im Dritten Reich keineswegs nur Mitglieder der NSDAP auf Lehrstühle berufen wurden, und nennt auch Zahlen: 53 % derjenigen, die in den Jahren 1937 und 1938 auf einen Lehrstuhl berufen wurden, waren keine NSDAP-Mitglieder.

Wer sich von Kapitel sechs einen Überblick über die generelle Entwicklung der Wissenschaften während der Dritten Reiches versprochen hatte, wird vermutlich etwas enttäuscht sein. Tatsächlich thematisiert Grüttner vor allem den Beitrag der klassischen Universitäten zur Entwicklung der Wissenschaften während der Dritten Reiches. Ausführlich widmet er sich auf 60 Seiten den ideologienahen Geisteswissenschaften sowie verwandten Wissenschaftsfeldern wie der Theologie, daneben der Medizin, die besonders in die NS-Verbrechen involviert war und deren Akteure zu einem weit überdurchschnittlichen Prozentsatz in der Hitler-Partei waren. Dagegen handelt er die Naturwissenschaften und die Mathematik auf nur 15 Seiten ab. Die besonders kriegswichtigen Technikwissenschaften thematisiert er bestenfalls beiläufig, ebenso die seit 1936 massiv ausgebauten Agrarwissenschaften.

Diese Beschränkung auf die universitäre Seite ist zweifellos legitim; sie führt jedoch zu einem einseitigen Bild der generellen Wissenschaftsentwicklung unter der NS-Diktatur. Dessen ist sich Grüttner durchaus bewusst. Denn er spricht an, was in den letzten zwei Jahrzehnten unter der Formel »doppelte Ressourcenverschiebung« diskutiert wurde: Das Gewicht der Forschung, insbesondere der Natur-, Technik- und Agrarwissenschaften wuchs, verlagerte sich aber von den Universitäten zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen, etwa auf die Vierjahresplan-Institute, die Forschungseinrichtungen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, die Physikalisch-Technische Reichsanstalt und das Luftfahrtforschungsimperium von Hermann Göring, die allesamt öffentliche Zuwendungen erhielten, von denen die Universitäten nur träumen konnten. Carl Krauch, Vorstand IG Farben und Chef des Reichsamtes für Wirtschaftsausbau, dem auch die Vierjahresplan-Institute unterstanden, schaute, so zitiert Grüttner, »fast mitleidig« auf die Universitätsinstitute herab, die oft »mit wenigen Tausend Mark« auskommen mussten, im Gegensatz (nicht nur) zu den »großen Industrielaboratorien«, die über einen opulenten Etat verfügten (S. 471). Die Beschränkung auf die Universitäten erlaubt zudem keine Diskussion der Frage, ob es womöglich eine dritte Ebene der Ressourcenverschiebung gegeben hat: weg von den Universitäten hin zu den Technischen Hochschulen (sowie vielleicht auch den landwirtschaftlichen Fachschulen). Grüttner deutet in einzelnen Passagen diesen Trend an und auch die jüngere NS-Hochschulgeschichte weist in diese Richtung.¹

¹ Zur Ressourcenverschiebung vgl. *Rüdiger Hachtmann*, Unter rassistischen und bellizistischen Vorzeichen – die Wissenschaften 1933 bis 1945, in: *Wolfgang A. Herrmann/Winfried Nerdinger* (Hrsg.), *Die Technische Hochschule München im Nationalsozialismus*, München 2018, S. 12–33; *Helmut Maier*, Autarkie- und Rüstungsforschung und die Technischen Hochschulen im »Dritten Reich«, in: ebd., S. 34–49; zur Luftfahrtforschung vgl. *Florian Schmaltz*, Luftfahrtforschung unter deutscher Besatzung. Die Aerodynamische Versuchsanstalt Göttingen und ihre Außenstellen in Frankreich im Zweiten Weltkrieg, in: *Dieter Hoffmann/Mark Walker* (Hrsg.), *Fremde Wissenschaftler unter Hitler*, Göttingen 2011, S. 384–407.

politische Gesinnungen für Berufungen ausschlaggebend waren, differenziert Grüttner nach Phasen: Anfangs seien neue Stellen »mit zuverlässigen Nationalsozialisten« besetzt worden (S. 239); »ab 1936/37 [hätten] fachliche gegenüber politischen Gesichtspunkten wieder stärker an Gewicht« gewonnen (S. 243); selbst dezidiert »negative Urteile von Parteistellen [seien] nicht [mehr] in Stein gemeißelt« gewesen (S. 247). Einen sehr guten Überblick bietet Grüttner außerdem über die neugegründeten Reichsuniversitäten Posen und Straßburg, über die drei österreichischen Universitäten sowie die Deutsche Karls-Universität in Prag, die Himmler zur SS-Universität umbauen wollte.

In Kapitel fünf konstatiert der Autor, es habe an der »Sozialstruktur des Lehrkörpers«, also dessen Rekrutierung vornehmlich aus bildungsbürgerlichen Schichten, »keine grundlegenden Veränderungen« gegeben (S. 301); gleichzeitig schrumpfte der ohnehin niedrige Anteil von Frauen auch auf den unteren universitären Hierarchieebenen ab 1933 überproportional. Grüttner arbeitet zudem heraus, dass im Dritten Reich keineswegs nur Mitglieder der NSDAP auf Lehrstühle berufen wurden, und nennt auch Zahlen: 53 % derjenigen, die in den Jahren 1937 und 1938 auf einen Lehrstuhl berufen wurden, waren keine NSDAP-Mitglieder.

Wer sich von Kapitel sechs einen Überblick über die generelle Entwicklung der Wissenschaften während der Dritten Reiches versprochen hatte, wird vermutlich etwas enttäuscht sein. Tatsächlich thematisiert Grüttner vor allem den Beitrag der klassischen Universitäten zur Entwicklung der Wissenschaften während der Dritten Reiches. Ausführlich widmet er sich auf 60 Seiten den ideologienahen Geisteswissenschaften sowie verwandten Wissenschaftsfeldern wie der Theologie, daneben der Medizin, die besonders in die NS-Verbrechen involviert war und deren Akteure zu einem weit überdurchschnittlichen Prozentsatz in der Hitler-Partei waren. Dagegen handelt er die Naturwissenschaften und die Mathematik auf nur 15 Seiten ab. Die besonders kriegswichtigen Technikwissenschaften thematisiert er bestenfalls beiläufig, ebenso die seit 1936 massiv ausgebauten Agrarwissenschaften.

Diese Beschränkung auf die universitäre Seite ist zweifellos legitim; sie führt jedoch zu einem einseitigen Bild der generellen Wissenschaftsentwicklung unter der NS-Diktatur. Dessen ist sich Grüttner durchaus bewusst. Denn er spricht an, was in den letzten zwei Jahrzehnten unter der Formel »doppelte Ressourcenverschiebung« diskutiert wurde: Das Gewicht der Forschung, insbesondere der Natur-, Technik- und Agrarwissenschaften wuchs, verlagerte sich aber von den Universitäten zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen, etwa auf die Vierjahresplan-Institute, die Forschungseinrichtungen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, die Physikalisch-Technische Reichsanstalt und das Luftfahrtforschungsimperium von Hermann Göring, die allesamt öffentliche Zuwendungen erhielten, von denen die Universitäten nur träumen konnten. Carl Krauch, Vorstand IG Farben und Chef des Reichsamtes für Wirtschaftsausbau, dem auch die Vierjahresplan-Institute unterstanden, schaute, so zitiert Grüttner, »fast mitleidig« auf die Universitätsinstitute herab, die oft »mit wenigen Tausend Mark« auskommen mussten, im Gegensatz (nicht nur) zu den »großen Industrielaboratorien«, die über einen opulenten Etat verfügten (S. 471). Die Beschränkung auf die Universitäten erlaubt zudem keine Diskussion der Frage, ob es womöglich eine dritte Ebene der Ressourcenverschiebung gegeben hat: weg von den Universitäten hin zu den Technischen Hochschulen (sowie vielleicht auch den landwirtschaftlichen Fachschulen). Grüttner deutet in einzelnen Passagen diesen Trend an und auch die jüngere NS-Hochschulgeschichte weist in diese Richtung.¹

¹ Zur Ressourcenverschiebung vgl. *Rüdiger Hachtmann*, Unter rassistischen und bellizistischen Vorzeichen – die Wissenschaften 1933 bis 1945, in: *Wolfgang A. Herrmann/Winfried Nerdinger* (Hrsg.), *Die Technische Hochschule München im Nationalsozialismus*, München 2018, S. 12–33; *Helmut Maier*, Autarkie- und Rüstungsforschung und die Technischen Hochschulen im »Dritten Reich«, in: ebd., S. 34–49; zur Luftfahrtforschung vgl. *Florian Schmaltz*, Luftfahrtforschung unter deutscher Besatzung. Die Aerodynamische Versuchsanstalt Göttingen und ihre Außenstellen in Frankreich im Zweiten Weltkrieg, in: *Dieter Hoffmann/Mark Walker* (Hrsg.), *Fremde Wissenschaftler unter Hitler*, Göttingen 2011, S. 384–407.

Ein anderer Kritikpunkt: Für die Gliederung der Kapitel drei bis sechs nach thematischen Gesichtspunkten mag es gute Gründe geben. Sie hat indes auch Nachteile. Mithilfe einer stärker chronologischen Orientierung hätten sich die extreme Dynamik und die damit einhergehenden Strukturveränderungen, die das Dritte Reich auch an den Universitäten bewirkte, markanter herausarbeiten lassen. Dann wäre deutlicher geworden, dass die ersten zwei, drei Jahre der NS-Diktatur eine Art politisch-ideologische Übergangsphase waren, die im Wissenschaftsbereich spätestens mit der Entmachtung des Repräsentanten der »Deutschen Physik« Johannes Stark 1936 vor dem Hintergrund der forcierten Aufrüstung im Rahmen des sogenannten Vierjahresplans endete. Sichtbar wäre so geworden, dass das NS-Regime ab 1935/36 einem ihm eigentümlichen Pragmatismus folgte, dem die Ziele – ein nach rassistischen Kriterien gegliedertes, NS-beherrschtes Europa – alles waren und auf dem Weg zu den ja relativ kurzfristig avisierten Kriegen alle Mittel und Wege recht. Für Grüttner ist dieser NS-spezifische Pragmatismus kein Thema. Infolgedessen reduziert er etwa den Sturz von Stark durch den Leiter des Amtes Wissenschaft im Reichserziehungsministerium Rudolf Mentzel auf eine persönliche Intrige (S. 140).

Bei einer stärker chronologisch ausgerichteten Gliederung wäre zudem deutlicher geworden, wie sehr die »Scientific Community« erleichtert war, als nach der blutigen Enthauptung der SA-Führung um Röhm auch der Typus des SA-Rabauken von den politischen Bühnen verschwand, der 1933 arrivierte Hochschullehrer und Wissenschaftler mit seinem ungehobelten Auftreten immer wieder vor den Kopf gestoßen hatte. Spätestens ab 1936 gaben wissenschaftspolitisch Akteure den Ton an, die in der Regel einen bürgerlichen Habitus kultivierten und feine Manieren an den Tag legten. Fragen muss man außerdem: Waren nicht auch und gerade die Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen ein integraler Bestandteil des NS-Systems, der maßgeblich dazu beitrug, dass das Hitler-Regime gegen (wie Grüttner überzeugend zeigt: auch wissenschaftlich) überlegene Potenzen der Kriegsgegner so lange durchhalten konnte? Wichtige Aspekte dieser Frage spricht Grüttner in seinem Buch ja durchaus an: die nationalistische Grundhaltung wohl der meisten Universitätsdozenten, die die Demokratie ablehnten und das Abstreifen der »Fesseln von Versailles« sowie den Wiederaufstieg Deutschlands zur Groß-, wenn nicht Weltmacht wünschten – und deshalb (wie Grüttner mit eindrucksvollen Zitaten belegt) die außenpolitischen »Erfolge« Hitlers begrüßten, wenn nicht bejubelten, und erst ab 1942/43 allmählich von der NS-Diktatur abrückten (gleichwohl noch Anfang 1945 keinen Sieg der Alliierten wünschten). Grüttner vermeidet zwar den Terminus »Verstrickung«. Aber in einigen Abschnitten seines Buches fühlte man sich an die bekannte Kontroverse der Mommsen-Zwillinge auf dem Frankfurter Historikertag von 1998 erinnert, als Wolfgang Mommsen von der »Verstrickung« vieler Historiker in den Nationalsozialismus sprach und sein Bruder Hans erregt entgegnete: »Das war der Nationalsozialismus!«

Diese und weitere Einwände – etwa den, dass er in manchen Passagen »Staat« und »Partei« nach klassischem Muster einander wie Blöcke gegenüberstellt, obgleich beide bereits 1933 zu einer neuen Form der Staatlichkeit verschmolzen und schon bald auch analytisch nicht mehr zu trennen waren – ändern nichts daran, dass Grüttner eine insgesamt überzeugende, zudem gut lesbare Einführung in die Geschichte der Universitäten des Dritten Reiches geschrieben hat.

Zitierempfehlung

Rüdiger Hachtmann, Rezension zu: Michael Grüttner, Talar und Hakenkreuz. Die Universitäten im Dritten Reich, C.H. Beck, München 2024, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82058.pdf>> [26.2.2025].



Hans-Peter Ullmann

Die Universität zu Köln im Nationalsozialismus.
Wege einer städtischen Hochschulgründung
zwischen später Weimarer Republik und früher
Bundesrepublik

Wallstein Verlag | Göttingen 2024
508 Seiten, gebunden | 34,00 €
ISBN 978-3-8353-5767-9

rezensiert von

Mitchell G. Ash, Universität Wien

Wie so oft gibt erst der Untertitel des vorliegenden Buches dessen wahren Inhalt an. Hans-Peter Ullmann hat die erste umfassende Politik- und Sozialgeschichte der Kölner Universität von den 1920er- bis in die 1950er-Jahre vorgelegt; die Behandlung der NS-Zeit nimmt nur etwas mehr als die Hälfte des Bandes ein. Der Vorteil dieser längerfristigen Betrachtung ist, dass sie strukturelle und personelle Kontinuitäten und Diskontinuitäten deutlicher werden lässt. Ullmann stützt sich auf eine umfangreiche Quellenrecherche in den Personalakten des Universitätsarchivs, den Unterlagen des früheren Berlin Document Center im Bundesarchiv in Berlin, den Beständen des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz und den Entnazifizierungsakten im Landesarchiv Nordrhein-Westfalen. Die umfangreiche Literatur zur Geschichte der Kölner Universität und der deutschen Universitäten im Nationalsozialismus insgesamt wird in der Einleitung gewürdigt und im Band extensiv einbezogen.

Im ersten Teil des Bandes hebt Ullmann zu Recht die Gründung der Universität zu Köln 1919 als städtische Einrichtung hervor. Vergleiche mit den anderen städtischen Neugründungen jener Zeit, in Frankfurt am Main 1914 und in Hamburg ebenfalls 1919, werden vorgenommen. Die Konkurrenz zwischen dem Bürgermeister Konrad Adenauer und dem Kuratoriumsvorsitzenden Christian Eckert, die beide Einfluss auf Professorenberufungen nahmen, behandelt Ullmann im Detail. In dieser Machtkonstellation, die auch Einflussnahmen der politischen Parteien einschloss, blieb der jeweilige Rektor eher schwach. Die Professoren wurden zwar als preußische Beamten geführt, aber ihre Gehälter und der Etat der Universität wurden von der Stadt (unter)finanziert. Politisch betrachtet stellt Ullmann ein Spektrum dar, das vom katholisch-konservativen Historiker Martin Spahn (DNVP) über den rechtsliberalen Versicherungswissenschaftler Paul Moldenhauer (DDP) bis hin zum Wirtschaftshistoriker Bruno Kuske (SPD) reicht. Infolge der Weltwirtschaftskrise kam es in Köln wie andernorts Anfang der 1930er-Jahre zu einem starken Anstieg der Studierendenzahlen («Überfüllungskrise» genannt) und zur politischen Radikalisierung vieler Studierenden und Teile

der Lehrenden, für die die Machtübernahme der Nationalsozialisten eine Art Rettung zu sein schien.

Im zentralen Teil des Bandes, der die NS-Zeit behandelt, arbeitet Ullmann zunächst das frühe Bekenntnis der Universitätsleitung zum neuen Regime im April 1933, die er eine »identifizierende Selbstgleichschaltung« nennt (S. 109), und die Entfernung von circa 20 Prozent der Lehrenden infolge des Berufsbeamtengesetzes heraus. Daran anschließend zeichnet er vielschichtig den Prozess der »Nazifizierung« nach, in dem die Versuche der Rektoren, die »Führeruniversität« durchzusetzen, immer wieder vom Gauleiter Josef Grohé durchkreuzt wurden, während der NS-Dozentenbund und die beiden miteinander konkurrierenden NS-Studentenorganisationen mit weniger Erfolg mitzumischen versuchten. Durch seine sehr detaillierten Ausführungen über die Rollen einzelner Professoren, gruppiert nach Fakultät, macht Ullmann eine große Spannbreite des politischen Verhaltens sichtbar, die von »Selbstmobilisierungen« mehrerer Historiker, Juristen und Volkskundler sowie der Mediziner, die der Politik der »Auslese« zuarbeiteten, über distanzierenden Haltungen (mit Konzessionen) bis etwa zum »Abtauchen« des Altertumsforschers Josef Kroll (S. 230) reichte. Wegen dieser Vielfalt kommt Ullmann zu keinem abschließenden Urteil über das Verhalten der Professoren als Gruppe. Die von Michael Grüttner herausgearbeitete Einteilung der NS-Hochschulpolitik in vier Phasen nützt Ullmann zur Strukturierung der Institutionsgeschichte, sie spielt in den biografischen Ausführungen jedoch keine Rolle.

Neu ist die Schilderung der mehrfachen Vorstöße des Reichserziehungsministeriums zu einer Schließung der als katholisch misstrauten Universität. Sie konnten abgewendet werden, aber die Zerstörungen des Bombenkrieges führten im Frühjahr 1945 trotz Teilauslagerungen nach Marburg zum selben Ergebnis. Interessanterweise bringt Ullmann ausführliche Schilderungen der verheerenden Folgen des Bombenkriegs nicht, wie zu erwarten wäre, am Schluss des Abschnitts »Studieren und Forschen im Krieg«. Dort bespricht er stattdessen die im Kriege intensivierten interdisziplinären Forschungen der Gemeinschaft für Raumforschung, der Westdeutschen Forschungsgemeinschaft und anderer Einrichtungen, in denen viele Professoren »dem Führer zuarbeiteten«, auch ohne Mitglieder der NSDAP zu sein. Die begehrte Einstufung solcher Projekte als »kriegswichtig« und die damit verbundene »UK«-Stellung der Forschenden wurde relativ streng gehandhabt, doch war es offenbar möglich, Einberufungen zu umgehen.

Im dritten Teil des Bandes bespricht Ullmann die Entwicklungen der frühen Nachkriegszeit. Er beschreibt mit bemerkenswerter Klarheit die Komplexität der Entnazifizierungspolitik im Spannungsfeld zwischen dem bis 1948 zuständigen britischen Hochschuloffizier Henry Beckoff und der kleinen Gruppe nominell unbelasteter Professoren um den Rektor Josef Kroll (1945-1949) einerseits, sowie nach dem Übergang der Kulturhoheit auf die Länder 1947 zwischen Kroll, den ihm zum Teil widerstrebenden Fakultäten und Kollegengruppen und der nordrhein-westfälischen Kultusministerin Christine Teusch (CDU) andererseits. Skandalfälle wie der um den ehemaligen Rektor und SS-Mitglied Otto Kuhn wurden auch in den Medien abgehandelt. Wie andernorts konnte die anfangs strenge Entlassungspolitik nicht durchgehalten werden. Der Druck zum raschen Wiederaufbau, verbunden mit einer »Überbürokratisierung des Verfahrens« der Entnazifizierung (S. 358) und der neuen politischen Lage im frühen Kalten Krieg, bot ein breites Wirkungsfeld für kollegiale Netzwerke, das ungenierte Mobilisierungen politischer Instanzen einschloss. Das Ergebnis war ernüchternd: von den 65 Ordinarien im Jahr 1945 (von denen ohnehin lediglich 35 NSDAP-Mitglieder waren) wurden nur 13 entlassen und vier davon später wiedeingesetzt. Die recht baldige Restauration der internen Herrschaft der Ordinarien begünstigte in Köln wie andernorts eine gezielte Legendenbildung über die angeblich »auffallend wenig parteimäßige« Haltung der Universität (so Kuske schon 1946, zit. S. 353), die zwei Generationen lang hielt.

Wie Ullmann festhält, gab es durchaus einzelne Versuche, von den Nazis vertriebene Professoren nach Köln zu holen, doch die Abwehr der Fakultäten dagegen verband sich mit der begründeten Skepsis der Vertriebenen selbst wegen der Dominanz der Kollegen aus der NS-

Zeit und der völlig unzureichenden Arbeitsbedingungen. Trotzdem wagten es einige wenige Remigranten, wie der Soziologe Rene König oder der Germanist Richard Alewyn, sich gegen den Korpsgeist zu stemmen. König etablierte in Köln eine international beachtete empirische Sozialforschung. Die Bemühungen Krolls um die Durchsetzung des sogenannten »christlichen Abendlands« als Berufungsschwerpunkt ging mit der politischen Haltung der Christdemokraten in Nordrhein-Westfalen konform. Die langsame Überwindung der Mangelwirtschaft und der desolaten Infrastruktur der frühen Nachkriegszeit belegen die vom Rektor Theodor Wessels (1951-1954) vorangetriebenen Neubauten insbesondere der naturwissenschaftlichen und medizinischen Institute (eines davon als Belohnung an den Chemiker Kurt Alder für den Erhalt des Nobelpreises 1950) sowie die wachsenden Studierendenzahlen in den 1950er-Jahren. Diese Trends waren treibende Kräfte hinter der Aufteilung der Philosophischen Fakultät in Geistes- und Naturwissenschaftliche Fakultäten, die nach einer vierjährigen Debatte 1955 vollzogen wurde. Im Jahr zuvor kam es nach jahrelangen, zähen Verhandlungen zur Übernahme der Finanzierung der Universität durch das Land Nordrhein-Westfalen. Fortan hatte die Stadt lediglich ein Mitspracherecht in universitären Angelegenheiten.

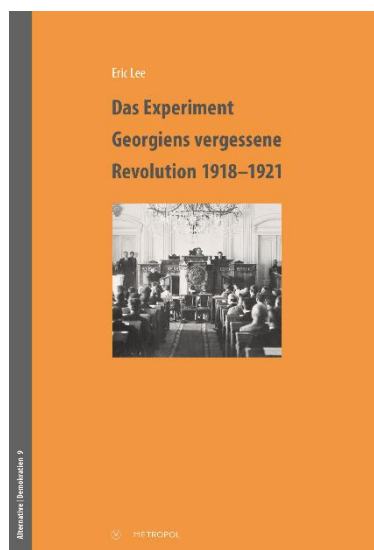
Sozialhistorisch beachtlich sind die Angaben zur Herkunft der Professoren und Studierenden. Gemessen am Beruf des Vaters kamen sie in der Weimarer wie in der NS-Zeit nicht aus dem Bildungsbürgertum, sondern überwiegend aus den Mittelschichten. Im Wintersemester 1946/47 kamen jedoch laut einer Umfrage 32 % der Studierenden aus der (leider nicht näher definierten) »Oberschicht«, 58 % aus den Mittelschichten und lediglich neun Prozent aus der »Unterschicht« (S. 383). Die starke Präferenz der Kölner Studierenden für praktische Fächer blieb, ähnlich wie in Hamburg, über die Jahrzehnte hinweg bestehen. Hier wie dort erwies sich vor allem die Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften als Trägerin der sozialen Mobilität.¹ Doch »bei alledem blieb Köln eine rheinisch-westfälische Provinzuniversität« (S. 422). Auch Vorbehalte gegen weibliche Studierende hielten sich im katholischen Milieu zäh.

Ein Vorzug dieser umfangreichen Darstellung und Analyse ist es, dass Ullmann die Beziehungen von Universität und Politik als Ergebnis von Verhandlungen beschreibt und im gleichen Zuge konventionelle Darstellungen von Politik als bloß störende Größe von außen widerlegt, indem er politische Machtverhältnisse auch innerhalb der universitären Institutionen lokalisiert. Damit leistet er einen wertvollen Beitrag zu einer Wende in der neuesten Hochschulgeschichtsschreibung von der Beschwörung eines fiktiven Ideals hin zu einer realitätsbezogenen Geschichte der Universitäten.

Zitierempfehlung

Mitchell G. Ash, Rezension zu: Hans-Peter Ullmann, Die Universität zu Köln im Nationalsozialismus. Wege einer städtischen Hochschulgründung zwischen später Weimarer Republik und früher Bundesrepublik, Wallstein Verlag, Göttingen 2024, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82057.pdf>> [26.2.2025].

¹ Vgl. Holger Fischer, *Semper reformanda. Studium, Lehre und Studienreform an der Hamburger Universität 1919 bis 2020*, Göttingen 2023.



Eric Lee

Das Experiment.
Georgiens vergessene Revolution 1918–1921
(Alternative | Demokratien. Studien zur Geschichte
der Sozialdemokratie und des Sozialismus, Bd. 9)

Aus dem Englischen von Günter Regneri
Metropol Verlag | Berlin 2023
232 Seiten, gebunden | 24,00 €
ISBN 978-3-86331-669-3

rezensiert von

Zaal Andronikashvili, Leibniz-Zentrum für Literatur- und Kulturforschung Berlin

Eric Lees Buch von 2017 über Georgiens »vergessene Revolution«, das nun erstmals in deutscher Übersetzung vorliegt, verdient aus mehreren Gründen Beachtung.¹ Erstens ist das Werk des US-amerikanischen Historikers von besonderer Bedeutung für all jene, die sich mit der »Dekolonisierung« der Geisteswissenschaften und der Kritik an Narrativen, die aus der Perspektive imperialer Zentren verfasst wurden, auseinandersetzen. Zweitens richtet es sich an Leserinnen und Leser, die die aktuellen politischen Entwicklungen in Osteuropa verfolgen, insbesondere den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und den hybriden Krieg, den Russland gegen seine Nachbarn Georgien und Moldau führt. Drittens – und dies vor allem ist das zentrale Anliegen des Buches – bietet es eine spannende Perspektive auf linke politische Bewegungen im Raum des ehemaligen Russischen Zarenreichs über das sowjetische Modell hinaus.

Die Oktoberrevolution und die bolschewistischen Varianten des Sozialismus – Leninismus, Stalinismus, aber auch Trozismus – haben linke Bewegungen weltweit nachhaltig geprägt und dadurch das sozialdemokratische »Experiment« Georgiens weitgehend in den Schatten gedrängt. Lees Buch ist das erste deutschsprachige Werk seit Karl Kautskys »Georgien. Eine sozialdemokratische Bauernrepublik« von 1921², das die Geschichte der Demokratischen Republik Georgien (1918–1921) und die aus ihr zu gewinnenden Lehren beleuchtet. Die Geschichte der Oktoberrevolution und des Zerfalls des Zarenreiches wird meist aus einer russozentrischen Perspektive erzählt. Solche Darstellungen suggerieren, dass historische, soziale und kulturelle Entwicklungen einseitig in den imperialen Zentren wie Petersburg oder später Moskau ihren Ursprung haben und erst danach die »Peripherien« erreichen, wo sie lediglich ein lokales Kolorit annehmen, ohne ihre Substanz zu verändern. Die Geschichte der georgischen Demokratischen Republik, wie sie von Eric Lee erzählt wird, widerspricht dieser

¹ Zuerst erschienen als *Eric Lee, The Experiment. Georgia's forgotten Revolution 1918–1921*, London 2017.

² *Karl Kautsky, Georgien. Eine sozialdemokratische Bauernrepublik. Eindrücke und Beobachtungen*, Wien 1921.

Darstellung. Sie zeigt, dass der russische Bolschewismus und die georgische Sozialdemokratie unterschiedliche Auffassungen von sozialistischer Theorie und Praxis hatten, die nach 1917 zu kontrastierenden Ansätzen beim Staatsaufbau führten.

Obwohl Georgien sich damals an der Peripherie des russischen Imperiums befand, war es in Politik und Kunst Teil der europäischen Avantgarde. Bereits vor dem Zerfall des Zarenreichs existierte dort eine Tradition des politischen Kampfes, die die Rezeption des europäischen Sozialismus und Kommunismus mit eigenen demokratischen Traditionen verband. In einem primär landwirtschaftlich geprägten und wenig industrialisierten Land war die treibende Kraft dieses Kampfes – anders als in Westeuropa – nicht das der Bourgeoisie antagonistisch gegenüberstehende Proletariat, sondern das in der marxistischen Theorie häufig als rückständig angesehene Bauerntum. Die Bauern spielten bereits in der kurzlebigen Gurischen Republik (1902–1906) eine entscheidende Rolle. In Gurien, einer ländlich geprägten, armen westgeorgischen Provinz, entstanden 1902 im Gefolge eines Bauernaufstands eine Reihe von direktdemokratisch selbstverwalteten Dorfkommunen, die miteinander verbunden waren und von der zaristischen Regierung nicht kontrolliert werden konnten. Wie Lee betont, war die heute weitgehend vergessene Gurische Republik bis 1917 neben der Pariser Kommune von 1871 eines von nur zwei Beispielen, bei denen Sozialisten die Macht ergriffen. Als »theoretische und praktische Bewährungsprobe des Marxismus« (S. 30) erachtet Lee die Gurische Republik sogar als bedeutsamer als die Pariser Kommune.

Die georgische sozialdemokratische Partei mit ihrer basisdemokratischen Struktur (im Gegensatz zur bolschewistischen, professionell organisierten Parteistruktur) prägte die spätere, von den georgischen Sozialdemokraten dominierte Republik Georgien. Das Wirtschaftsmodell der Demokratischen Republik Georgien illustriert Lee anhand dreier Erfolgsbeispiele: Erstens schuf die Agrarreform, die Lee als »Agrarrevolution« bezeichnet (S. 99), den bäuerlichen Landbesitz und sicherte dadurch den sozialen Frieden. Zweitens bildeten die unabhängigen Gewerkschaften den Kern einer starken Zivilgesellschaft und sicherten durch innovative Institutionen wie die Tarifkammer die Grundbedürfnisse der Arbeiter selbst in Wirtschaftskrisen. Lee unterstreicht, dass in Georgien die Arbeiter »das gesetzlich garantierte Streikrecht« besaßen, »lange bevor die meisten Länder ihren Arbeitern das Recht einräumten, auch nur Gewerkschaften zu gründen« (S. 117). Drittens sorgte die Genossenschaftsbewegung dafür, dass sich die georgische Volkswirtschaft von einer profitorientierten hin zu einer kooperativen Gemeinwirtschaft entwickelte.

Trotz großer wirtschaftlicher und militärischer Schwierigkeiten, mit denen die Demokratische Republik Georgien zu kämpfen hatte, gelang es der sozialdemokratisch geführten Regierung umfassende soziale und demokratische Reformen umzusetzen. Sie baute ein Netz von Selbstverwaltungen (georgisch: *Eroba*) auf, das die frühere Zentralverwaltung ersetzte. 1921, kurz vor der Eroberung Georgiens durch die Bolschewiki, wurde die Verfassung der Republik verabschiedet, die auf demokratischer Grundlage die Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger, die Rechte nationaler Minderheiten, die Autonomie der lokalen Selbstverwaltungen sowie umfassende soziale und wirtschaftliche Rechte (etwa die 48-Stunden-Woche und den Arbeitslosenschutz) festschrieb.

Das georgische Experiment scheiterte, wie Lee beschreibt, an militärischer und außenpolitischer Schwäche. Während georgische Diplomaten noch versuchten, Anerkennung und Sicherheitsgarantien westlicher Mächte zu erlangen, griff das bolschewistische Russland Georgien mit Gewalt an und setzte seiner Unabhängigkeit ein Ende. Sowjetrussland, das sich rhetorisch gegen Imperialismus wandte und die Selbstbestimmung der Völker propagierte, strebte in der Praxis die Wiederherstellung der Grenzen des Zarenreichs an. Die entsprechenden Kapitel bei Lee erhalten angesichts des heutigen russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und des hybriden Krieges Russlands gegen seine Nachbarn eine besondere Bedeutung. Sie beleuchten die wiederkehrenden Muster der russischen imperialen Politik unabhängig von ihrer wechselnden ideologischen Ausrichtung. Zugleich werfen sie ein Schlaglicht auf die oft zögerlichen und unzureichenden Reaktionen der machtpolitischen Zentren im Westen, die über

das Schicksal ganzer Völker und Staaten entscheiden. Diese Kontinuitäten und Dynamiken müssen ins Bewusstsein gerückt, kritisch reflektiert und korrigiert werden.

Aus dem georgischen Experiment, das zwar »nicht friedlich«, aber dennoch »nicht als Misserfolg« (S. 219) endete, zieht Lee drei »prinzipielle Lehren«: Die menschowistische Herangehensweise, wonach »eine verarmte, rückständige Gesellschaft keine historischen Entwicklungsstufen auf dem Weg zum Sozialismus überspringen kann« (S. 221), wird von ihm als korrekt eingeschätzt. Der bolschewistische Ansatz, »ihre Utopie umgehend zu realisieren«, brachte nach Lee nicht nur Russland, sondern auch anderen Ländern »die Hölle auf Erden« (S.221). In Georgien zeigte sich zudem, dass »eine andere Revolution« möglich war, dass sozialistische Staatsgewalt mit »Mehrparteiendemokratie, freien Wahlen und Meinungsfreiheit, einer aufblühenden Zivilgesellschaft sowie starken, unabhängigen Gewerkschaften und Genossenschaften« (S.221) vereinbar war. Demokratie ist der Kern jeder sozialistischen Politik. Das georgische Beispiel zeigt laut Lee also auch, dass die bolschewistische, auf Gewalt und Zwang basierende Version des Sozialismus die sozialistische Idee im Kern verraten hat.

Lees Buch hat den Nachteil, ohne georgischsprachige Quellen auszukommen und sich im Wesentlichen auf westliche, vor allem englischsprachige Studien zu stützen. Dadurch sind nicht alle Kapitel durchgängig auf demselben Niveau: Während etwa das Kapitel zum Thema der nationalen Minderheiten hinter dem aktuellen Forschungsstand zurückbleibt, zählen die Kapitel über die Gewerkschaften (Kapitel acht) und über die Genossenschaften (Kapitel neun) zu den besten. Auch das vierte Kapitel über die außenpolitisch von Deutschland geprägte Gründungsgeschichte der georgischen Republik dürfte für die deutsche Leserschaft von besonderem Interesse sein.

Lee stellt das sozialistische Experiment Georgiens in einen größeren Kontext sowohl der damaligen als auch der heutigen globalen Entwicklungen. Seine Gegenüberstellung der russisch-bolschewistischen und der georgisch-sozialdemokratischen Ansätze füllt nicht nur bedeutende Wissenslücken über die Geschichte des europäischen Ostens, sondern bietet auch eine wertvolle Grundlage, um gängige Zentrum-Peripherie-Narrative der Globalgeschichtsschreibung kritisch zu hinterfragen. Das Buch inspiriert dazu die europäische Geschichte verstärkt aus der Perspektive vermeintlicher Peripherien zu betrachten und dort nach alternativen Modellen zum neoliberalen Kapitalismus zu suchen.

Zitierempfehlung

Zaal Andronikashvili, Rezension zu: Eric Lee, Das Experiment. Georgiens vergessene Revolution 1918–1921, Metropol Verlag, Berlin 2023, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82056.pdf>> [26.2.2025].



Sandra Maß

Zukünftige Vergangenheiten.
Geschichte schreiben im Anthropozän
(Historische Geisteswissenschaften. Frankfurter
Vorträge, Bd. 15)

Wallstein Verlag | Göttingen 2024
222 Seiten, Klappenbroschur | 19,00 €
ISBN 978-3-8353-5663-4

rezensiert von

Achim Landwehr, Universität Konstanz

Ein Aufruf an alle, die sich um Zukunft, Zustand sowie Zuständigkeiten der Geschichtswissenschaften Gedanken machen: Studiert dieses Buch!

Sandra Maß kümmert sich darin um kaum weniger denn einige der neuralgischen Fragen, die den historisch Arbeitenden gerade ein klein wenig unter den Nägeln brennen sollten, aber wohl noch nicht zu einem solcherart brennenden Problem geworden sind, wie es dem Erhitzungspotential des Gegenstandes eigentlich angemessen wäre. Wenn in den Geschichtswissenschaften über Anthropozän, Klimakrise und sogenannte Umweltprobleme diskutiert wird, dann nicht selten in der typisch kannibalistischen Manier historischen Arbeitens: Entsprechende Phänomene werden zunächst zu Objekten historiografischer Betrachtung gemacht, um die Historizität einer jeweiligen Aktualität auszuloten. Daran anschließend können die Relevanz und niemals erlahmende Erneuerungskraft der historischen Wissenschaften unter Beweis gestellt werden. So weit, so gut – und so bekannt wie auch berechtigt.

Maß treibt jedoch ein anderes Problem um. Wie nämlich werden Klimakrise und Anthropozän und all die anderen Stichworte, die diesem Begriffsfeld zuzuordnen sind, das historische Arbeiten selbst verändern? Die Antwort: erheblich! Über die Schwere der alle Lebensbereiche betreffenden Vorgänge, die mit einer gewissen Hilflosigkeit als Anthropozän bezeichnet werden, kann man sich kaum noch Illusionen machen. Gerade diejenigen, welche die massiven Auswirkungen hochindustrialisierter Zivilisationen auf Geo-, Atmo-, Hydro- und Biosphäre des Planeten zu leugnen versuchen, belegen dies ja durch ihr Handeln. Die Auswirkungen sind in der Tat so gravierend, dass sie es – aus Sicht der Psychologie des Kleinkindes durchaus nachvollziehbar – auf keinen Fall wahrhaben und wahrnehmen wollen. Als Reaktion werden Hände vor Augen und Ohren gehalten, auf dass die Gefahr verschwinden möge.

Maß geht es aber nicht um Überzeugungsarbeit für Tatsachenverweigernde. Ihr geht es um weit Wichtigeres: um Erkenntnismöglichkeiten, um Akzeptanz von Konsequenzen sowie um

eine Haltung zur Sache. Der Geschichtswissenschaft mag dabei auf den ersten Blick eher eine Nebenrolle zukommen. Ihr könnte in dieser Konstellation einmal mehr die Aufgabe der Lieferantin von Vorgeschichten zugeschoben werden (»was bisher geschah...«), weil die wirklich wichtigen Dinge bekanntlich in Politik, Technik, Ökologie, Ökonomie usw. verhandelt werden. Doch eine solche, zunächst durchaus naheliegende und auch vielfach praktizierte Vorgehensweise übersieht einen wesentlichen Punkt: Andere Haltungen zum sowie Umgangsweisen mit dem Planeten können nur dann gelingen und auf Akzeptanz hoffen, wenn sie sinnvoll erscheinen. Mit der Herstellung von Sinn aber, insbesondere über die Zeit hinweg – und beim Anthropozän sprechen wir bekanntermaßen von sehr langen Zeiträumen, geradezu von einem kulturhistorischen Ultramarathon –, sind nicht zuletzt die Geschichtswissenschaften angesprochen. Maß stellt nun allerdings fest, dass dieser Wissenschaftszweig für die ihm gestellte Aufgabe nicht sonderlich gut gerüstet ist. In vier Kapiteln schreitet sie von einer Zustands- und Problemanalyse über aktuelle Beschreibungsangebote bis zu einer Perspektive für künftiges historisches Arbeiten und Schreiben voran.

In Frage gestellt wird nichts weniger als Zustand und Organisation der Geschichtswissenschaften in ihrer Gesamtheit. Kann historisches Arbeiten noch gelingen und genügen, wenn es sich auf regionale und epochale Spezifika konzentriert, dabei aber die zeitlich und thematisch quer durchschneidenden Problemlagen außer Acht lässt? Kann die Geschichtswissenschaft ihre Rolle als kulturelle Unterrichterin gesellschaftlicher Selbstvergewisserungen noch wahrnehmen, wenn sie in traditionell verfestigten Strukturen verharret? (Ganz recht, das sind rhetorische Fragen.) Insofern ist es durchaus konsequent, wenn es in dem vorliegenden Buch ebenso sehr um die Zukunft wie um die Vergangenheit geht – wie bereits der Titel in Umkehrung der viel zitierten Monografie von Koselleck hinreichend deutlich macht.¹ Und es geht dabei nicht nur um die Zukunft der Geschichtswissenschaft, sondern noch weitreichender um die Zukunft als Gegenstand der Geschichtswissenschaft.

Dieser debattenmäßig weit gesteckte Anspruch wird nicht nur bravourös eingelöst, sondern zudem auch noch in einer überzeugenden Form präsentiert. Das Buch ist konzentriert, angesichts der Schwere des Gegenstandes geradezu knapp und leicht gehalten, was aber der Rezeption ebenso helfen dürfte wie die stilistische Sicherheit und Eleganz, welche die Lektüre zu einem intellektuellen Vergnügen machen. Die Debattengeschichte um den Begriff des Anthropozäns wird dabei selbstredend nicht außer Acht gelassen (womit sie einmal mehr belegt wäre, die sinnerzeugende Bedeutung des Geschichtenerzählens). Dadurch wird das Buch auch als Einführung ins Thema für Studierende brauchbar. Aber diese Rekapitulation der Anthropozän-Debatte hat nicht vorrangig versichernde Funktionen, um endlich klar zu machen, was Sache war, sondern verfolgt ausdrücklich verunsichernde Ziele, um die Grundfesten der historischen Disziplin einmal anständig durchzurütteln. Und der Begriff des Anthropozän bleibt davon selbst nicht verschont.

In den weiteren Schritten des Buchs beleuchtet Maß – neben dem überzeugenden und hilfreichen Überblick zu den Facetten der Anthropozän-Diskussion – die Rolle von »Natur«; die grundlegenden Veränderungen, denen die Geschichtsschreibung ausgesetzt ist (Stichwort: *more-than-human history*); die Turbulenzen, die solche Ansätze für das historische Verständnis von Zeit bedeuten (hierbei wird dann auch das Epochenkonzept Anthropozän als unterkomplex entlarvt); sowie schließlich die Vorstellung einer »Menschheit«, die es sich unter planetarischen Bedingungen gefallen lassen muss, dezentriert und relationiert zu werden.

Der konstruktive Lösungsvorschlag auf die Frage, wie denn nun noch Geschichte zu erforschen, zu schreiben und zu lehren sei, läuft auf eine »kontaminierte Geschichtswissenschaft« (S. 150) hinaus, in der die Vielstimmigkeit der beteiligten Lebewesen und Dinge deutlich wird. Erst als Chor bringen sie dasjenige zustande, was ansonsten allzu schnell als »die Geschichte« vereindeutigt wird. Mit einer solchen kontaminierten Geschichte wendet sich Sandra Maß auch eindeutig gegen die Grundlagen der modernen Geschichtswissenschaft (sowie gegen die

¹ Vgl. Reinhart Koselleck, *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt am Main 1979.

historischen Grundlagen der Moderne), denn diese setzte nicht zuletzt auf Eindeutigkeit (von Raum, Zeit, Mensch, Ding, Subjekt, Objekt etc.). Wenn es eine Lehre aus der Diskussion um das Anthropozän gibt, dann dass diese Eindeutigkeitswünsche ihr Ende gefunden haben – dafür aber Vieldeutigkeit gewonnen werden kann.

Zitierempfehlung

Achim Landwehr, Rezension zu: Sandra Maß, Zukünftige Vergangenheiten. Geschichte schreiben im Anthropozän, Wallstein Verlag, Göttingen 2024, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82055.pdf>> [26.2.2025].



Frank Bösch

Deals mit Diktaturen.
Eine andere Geschichte der Bundesrepublik

C.H. Beck | München 2024
622 Seiten, Hardcover | 32,00 €
ISBN 978-3-406-81339-9

rezensiert von

Philipp Gassert, Universität Mannheim

Wo historische Darstellungen der internationalen Beziehungen der BRD sonst überwiegend auf das transatlantische Bündnis, die europäische Integration und das Verhältnis zu den »großen« Super- und Weltmächten schauen, analysiert der Potsdamer Historiker Frank Bösch in seiner fulminanten Studie den Umgang des demokratischen (West-)Deutschlands mit Diktaturen jeglicher Couleur. Insofern wirft Bösch informiert, quellennah, mit souveränem Zugriff auf das Material, aber auch dem nötigen Mut zur Lücke bei potentiell ausuferndem Stoff, einen in der Tat anderen, in Teilaspekten neuen Blick auf die bundesrepublikanische Außenpolitik. Der verkaufsfördernde Untertitel einer »anderen Geschichte« indes suggeriert mehr als das Buch leisten kann und will. Es geht ausgehend von jüngsten Streitfällen wie dem um die Fußballweltmeisterschaft der Männer in Katar oder den präzedenzlosen Sanktionen gegen Russland um die historische Einordnung solcher Konflikte. Dies ist ein anspruchsvolles Programm – nur wird man deshalb die Geschichte der BRD insgesamt nicht umschreiben oder »anders« denken müssen.

Analysiert werden »Deals« mit einer breiten Palette von Autokratien, angefangen mit der an die »Waffenbrüderschaft« der 1930er-Jahre fast nahtlos anknüpfenden Kooperation mit Francos Spanien in den 1950er-Jahren, als Bonner Diplomaten mit und ohne NS-Vergangenheit unter Adenauer vielerorts Faschisten und Alleinherrscher hofierten, um die westdeutsche Isolation zu durchbrechen. Auch die frühen deutsch-iranischen Beziehungen gehören in diese Kategorie. Erwartbar warf das Verhältnis zur UdSSR und deren Verbündeten ostpolitische Aporien auf. Klug ist Böschs Einbeziehung der innerdeutschen Beziehungen, denn auch diese entsprachen dem generellen Muster: Trotz der Delegitimierung des zweiten deutschen Staats durch die Hallstein-Doktrin wurde beim Handel mit der DDR pragmatisch verfahren. Die DDR wurde zwar nicht offiziell anerkannt; die Empörung nach dem 17. Juni oder beim Mauerbau war riesig; doch harte Gegenmaßnahmen unterblieben. Im Gegenteil, da deutsche-deutsche Geschäfte zum »Binnenhandel« deklariert wurden, unterlief man elegant westliche Sanktionsregime. Ein

solcher Pragmatismus wäre heutzutage schwer zu verstecken, da »Moral« seit den späten 1960er-Jahren zum erstrangigen außenpolitischen Faktor wurde, wie Bösch zeigt.

Die im Umgang mit Spanien, Portugal, Iran und dem Ostblock etablierten Muster verfestigten sich dann im Verhältnis zu verbündeten und verfeindeten postkolonialen Diktaturen in Afrika und Asien. Die (zivil-)gesellschaftliche Dimension internationaler Beziehungen verstärkte sich allerdings seit den 1960er-Jahren. Exemplarisch fokussiert Bösch auf in Westdeutschland starke Erregung erzeugende Fälle wie Griechenland während der Obristen-Herrschaft, Südkorea (das mehrfach Regimekritiker klandestin aus Deutschland entführte), Chile sowie »Gaddafis Libyen« (S. 341). Die lange für kommunistische Staaten reservierte Kritik an Menschenrechtsverletzungen wurde nun verstärkt auch auf antikommunistische Verbündete wie Kongo, Iran, Griechenland und die Türkei bezogen. Bei Griechenland und Iran spielten (linke) migrierte Intellektuelle und Dissidenten eine zentrale Rolle. Doch auch »Gastarbeiter« hatten ihren Anteil. Die Stärke des Protests etwa gegen das Athener Militärregime erklärt sich nicht zuletzt aus dem hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad von Arbeitnehmenden griechischer Herkunft. Einen signifikant-kritischen Beitrag leisteten fremdsprachige Programme u.a. der Deutschen Welle, was wiederholt zu Interventionen ausländischer Regierungen bei deutschen Stellen führte.

Bösch analysiert mit Blick für aussagekräftige Anekdoten das multipolare Verhältnis von Diplomatie, Wirtschaftsinteressen, Außenhandel und Entwicklungspolitik, Aktivismus und Protest sowie medialer Öffentlichkeit und damit einer ganzen Fülle von Akteuren. Naturgemäß bilden hauptsächlich staatliche Quellen wie die Aktenedition zur Auswärtigen Politik die Quellenbasis. Die Interaktion mit den Diktaturen wurde von dem sich entwickelnden Wertehorizont der BRD geprägt, zwischen NS-Vergangenheit, deutscher Teilung, Kaltem Krieg sowie dem Streben nach Wohlstand durch Export und preiswerte Energie. Zielkonflikte waren vorprogrammiert. Im Streit um Werte wirkten die Beziehungen zu Autokratien auf das bundesdeutsche Selbstverständnis zurück. Ihrerseits mussten sich aber auch die Diktaturen auf demokratische Standards einlassen und versuchten immer wieder, die deutsche Öffentlichkeit zu beeinflussen. Wertegeleitete Außenpolitik, wie sie zuletzt die Außenministerin Baerbock vertrat, hat alte Vorläufer und ist keine Einbahnstraße.

Der Aufbau der Studie ist grob chronologisch, wobei innerhalb ihres Zeitraums je nach politischer Gesamtlage unterschiedliche geographische Schwerpunkte gesetzt werden. So taucht Iran vor allem in der Frühzeit auf, Lateinamerika, Asien und Afrika werden im Kontext der Dekolonisierung schwerpunktmäßig in den 1970er- und 1980er-Jahren verhandelt. Die Volksrepublik China wird in den späten 1960er-Jahren als Teil des Mao-Kults der Neuen Linken kurz erwähnt, aber dominiert erst das Kapitel zur jüngsten Phase. Akteure waren neben Diplomaten zunehmend Parteien, deren Stiftungen und NGOs, wobei Bösch der deutschen Sektion von Amnesty International eine eigene Fallstudie widmet. Auch aktivistische Bundestagsabgeordnete spielten eine wachsende Rolle, als Pionierin Petra Kelly, die Tibet auf die Tagesordnung hob. Bundestagsdelegationen traten anstelle von Staatsbesuchen, wenn diese diplomatisch inopportun wurden (so nach dem Tiananmen-Massaker 1989). Bösch argumentiert, dass der Ansatz von Amnesty, für verfolgte Individuen einzutreten, auf höchste Regierungsvertreter abfärbte. Kohl oder Merkel führten auf Staatsbesuch gern Listen verfolgter Dissidenten mit, was autokratische Partner als Teil demokratischer Inszenierung zu akzeptieren lernten, um über Kredite und Handelsabkommen zu reden. Bösch nennt es Politik »des kleinsten gemeinsamen Nenners«. Die Autokratien verstanden auch, dass die Bundesregierung in die mediale Berichterstattung kaum eingreifen konnte, wobei aktive Pressesteuerung aus dem Kanzleramt in der Frühzeit durchaus gängig war.

Lücken in einer Gesamtdarstellung anzusprechen, ist wohlfeil. Bösch musste zwangsläufig auswählen. Dennoch hätten prominente Auslassungen einleitend begründet werden können. Angesichts der hohen Bedeutung der Diaspora-Politik sticht vor allem das Fehlen eines systematischen Abschnitts zur Türkei ins Auge. Der essenzielle NATO-Partner an der »Ostflanke« im Kalten Krieg war zugleich Herkunftsland der wichtigsten migrantischen

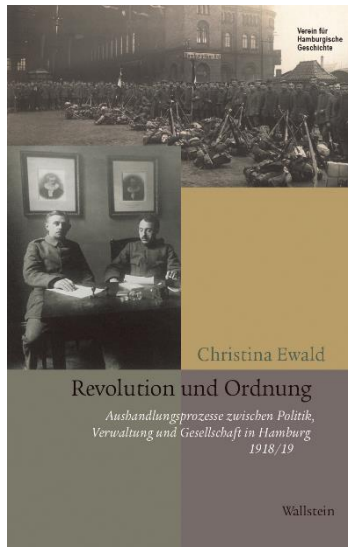
Community in Deutschland wie auch vieler Asylbewerber und -bewerberinnen. Kurden-Proteste sind Alltag in deutschen Städten, Armenien-Debatten provozieren diplomatische Krisen. Doch die Türkei taucht erst mit Erdogan im Kapitel zur »globalisierten Welt« (S. 463) seit 1990 auf. Dass Südafrika außen vor bleibt, lässt sich mit der guten Forschungslage begründen. Dennoch war der Anti-Apartheid-Kampf mit seinem Warenboykott Pionier eines freiwilligen, zivilgesellschaftlichen Sanktionsregimes. Es fehlen auch die beiden wichtigsten arabischen Staaten Saudi-Arabien und Ägypten. Als Dauerdestinationen kontroverser Waffenexporte unterhielten sie enge wirtschaftlich-politische Beziehungen zur BRD. Dass Palästina bzw. die PLO nicht auftauchen, passt zur relativen Vernachlässigung des Nahen Ostens.

Zu den in die Gegenwart weisenden, sehr erhellenden Aperçus des »Dealens« mit Diktaturen gehört die zugespitzte Beobachtung, dass bei der Bereitschaft Autokraten zu hofieren und zu tolerieren ein alter bundesrepublikanischer Nord-Süd-Konflikt nach 1990 einem Ost-West-Konflikt wich. In den 1970er- und 1980er-Jahren waren die unionsregierten, wirtschaftlich erstarkten, aber rohstoffarmen Südländer Bayern und Baden-Württemberg recht offen für »Business« mit Despoten. Autokraten machten unbehelligt Urlaub am Tegernsee und kauften in Stuttgart Luxuslimousinen. Nebenaußenpolitiker wie Franz Josef Strauß verteidigten Pinochet oder den südafrikanischen Apartheid-Staat. Eine föderale Arbeitsteilung pendelte sich ein: Wer nicht in Bonn empfangen werden konnte, reüssierte womöglich in München. Es war der unerwähnt bleibende Lothar Späth, der eine erste Handelsdelegation nach China anführte. Heute konzentrieren sich die pro-russischen Wählerinnen und Wähler in der ehemaligen DDR (aber auch unter den im Süden elektoral einflussreichen Russlanddeutschen, was Bösch unterschlägt).

Eine naive und oberflächliche Lesart des Bandes könnte eine ewige Kontinuität der immer gleichen »schmutzigen Deals« mit Diktaturen nahelegen und den Band als trübe Skandal-Geschichte perzipieren. Derartiger Simplizität widerspricht der Autor im Fazit. Zwar hebt er hervor, dass »nicht das Ausmaß von Mord und Folter an Oppositionellen das deutsche Engagement« für die Menschenrechte bestimmt habe, »sondern die politische, ökonomische und kulturelle Nähe des Folterstaats« zur BRD (S. 495f.). Sanktionen drohten vor allem solchen Diktaturen, die arm, ohnmächtig oder handelspolitisch irrelevant waren. Auch intensivierten sich seit den 1970er-Jahren die Beziehungen zu vielen Diktaturen. Aber gleichzeitig veränderte sich der Umgang mit diesen, so dass Brandt und Schmidt zwar Mobutu in Bonn empfangen, selbst jedoch von Besuchen im Kongo oder Iran absahen oder CDU-Politiker vorschickten. Bösch unterstreicht die Akzente, die die Grünen seit den 1980er-Jahren setzten, so dass ein zweigleisiges Vorgehen entstand: Menschenrechte einfordern und gleichzeitig Handelsbeziehungen intensivieren. Rot-Grün trieb diese Arbeitsteilung auf die Spitze – Kanzler Schröder als Delegationsleiter der Bosse, Außenminister Fischer als Mahner für Menschenrechte. Merkel knüpfte bruchlos an, verfuhr ähnlich janusköpfig. Deutlich wird aber auch, wie präzedenzlos die Sanktionen gegen Russland seit 2022 sind, als sich die BRD in Windeseile von russischen Gasimporten verabschiedete. Zuvor hatte Deutschland eher zurückhaltend sanktioniert und sich gegen entsprechende Erwartungen auch des »großen Bruders« USA oft gewehrt. Der Autor sieht aber gerade in der wirtschaftliche Stärke Deutschlands ein Potential für die Einforderung von Menschenrechten. »Prognosen lassen sich aus der Geschichte nicht ableiten«, resümiert Bösch (S. 501) in seiner differenzierten und gut lesbaren Studie, die zu weiteren Forschungen anregt, denn sie lässt Lücken, zeigt solche in der Historiografie auf, aber hat das Feld als solches nun meisterlich kartiert.

Zitierempfehlung

Philipp Gassert, Rezension zu: Frank Bösch, Deals mit Diktaturen. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik, C.H. Beck, München 2024, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82054.pdf>> [26.2.2025].



Christina Ewald

Revolution und Ordnung.

Aushandlungsprozesse zwischen Politik, Verwaltung
und Gesellschaft in Hamburg 1918/19
(Beiträge zur Geschichte Hamburgs, Bd. 70)

Wallstein Verlag | Göttingen 2024
384 Seiten, gebunden | 42,00 €
ISBN 978-3-8353-5670-2

reviewed by

Nadine Rossol, University of Essex

On the centenary of the German revolution of 1918–1919, the focus of historical remembrance was on the men and women who took to the streets in early November 1918, stressing the popular mobilisation that shaped this event. Christina Ewald's detailed and thoughtful study continues this focus on new political actors, but turns away from the streets to concentrate on those who organised and administered revolutionary change, namely the revolutionary government of Hamburg, which lasted from November 1918 to March 1919. Ewald examines the scope and learning processes of the revolutionaries in Germany's second city. The citizens of Hamburg expected quick improvements to their everyday lives – a fact the members of the local workers' and soldiers' council understood and sought to address. Simultaneously, the revolutionaries also wanted to implement genuinely new policies. According to Ewald, one crucial step on this way was the insistence by the revolutionaries on the maintenance of order. In her understanding, order should not be interpreted as a counterrevolutionary concept in the context of the 1918-19 revolution but as core part of revolutionary policymaking in Hamburg.

After outlining the situation of Hamburg at the end of the *Kaiserreich* and the beginning of the revolution, including the set-up and characteristics of the city's workers' and soldiers' council (chapter 1), Ewald examines five key areas: food provision (chapter 2), housing policy (chapter 3), economic demobilisation (chapter 4), school reforms (chapter 5) and leisure time regulations (chapter 6). These aspects mattered greatly to the everyday life of Hamburg's citizens, but they also reflected what the revolutionaries wanted to change and achieve. Local government might not at first glance appear to be the most exciting area of historical investigation, but it was at this level, in particular, where revolutionaries tried to put their ideas into practice, with varying degrees of success.

The difficult food situation (chapter 2) in the winter of 1918–19 was nothing new for Hamburg's population, as it had already been experienced in previous wartime winters. Since the Allies maintained their food blockade even after the signing of the armistice, it was left to the workers'

and soldiers' council to deal with the supply shortages. Given that many people had hoped that their material situation would improve quickly after the end of the war and the successful revolution, the problems of sufficient food provision and distribution had the potential to undermine the revolutionaries' promise of enhancing people's lives. As Ewald outlines, there was a broad consensus between the Social Democratic members of the revolutionary government and the established municipal War Office of Food (*Kriegsversorgungsamt*) that rooted in their cooperation during the war. Apart from some of its members from the radical left, the workers' and soldiers' council was aware that it had to rely on the expertise of those who had dealt with this matter before, and it was therefore the *Kriegsversorgungsamt* that took the most relevant decisions. For many revolutionaries, adequate food provision was a prerequisite that had to be met to enable them to implement their revolutionary ideas for a different present and future, even if it was not part of their revolutionary project as such.

In contrast, housing policy (chapter 3) was in itself an important aspect of the envisioned revolutionary change. This concerned housing shortages aggravated by the demobilisation of soldiers, as well as protecting tenants from rising rents. Here, the workers' and soldiers' council tried to implement long-term solutions, but failed, according to Ewald, to appropriately influence the well-connected interest groups in this area. Furthermore, the revolutionaries lacked the expertise needed for more targeted interventions. It was clear to Hamburg's revolutionary government that a well-functioning housing policy was key to its progressive plans, but those needed to support its implementation delayed action until the municipal elections in March 1919. Shortcomings in this area should therefore not be misunderstood for carelessness on the part of Hamburg's revolutionaries. In fact, they argued that competences regarding the protection of tenants belonging to the Reich could be ignored due to better regulations and laws formulated by them.

Transforming Germany's war economy into a peacetime economy was, alongside the satisfaction of basic material needs, the greatest challenge facing the revolutionary governments in Hamburg, Berlin and elsewhere across the country. Ewald examines the conflicts between Hamburg's revolutionaries and the conservative economic council, which included some key institutions of the city's economy (chapter 4). The members of the economic council made it very clear that they considered economic expertise to reside with them, rather than with the division of the workers' and soldiers' council they were interacting with. Furthermore, the economic council considered itself the public voice that the people of Hamburg should listen to. Not surprisingly, the workers' and soldiers' council disagreed. And here it was the city's revolutionaries who managed to implement modified versions of their ideas regarding the protection of workers from redundancies.

The section on school education (chapter 5) explores an area in which the revolution accelerated previous reform initiatives. The expansion of the circle of participants in these educational debates was one consequence of the revolution and it illustrates the challenges of more democratic and inclusive processes. Teachers, parents, pupils, school directors, school boards and teachers' councils all wanted a say in school policy in addition to the workers' and soldiers' council. By embracing revolutionary means through the formation of councils, a participatory tool installed by the revolutionary government, parents, teachers, and pupils made their voices heard and sometimes used it to mobilise explicitly against progressive reform ideas. By abolishing religious education in schools in December 1918, the revolutionary government demonstrated its power to implement fundamental change. At the same time, it allowed for a fierce mobilisation against this decision to take place. In hindsight, the abolition of religious education was probably not the smartest action of the revolutionaries, as it enabled emotionally charged counter-revolutionary protests. However, the revolutionaries had tried to implement a demand here that was a central plank of their political beliefs and was particularly close to their hearts. In this matter, Hamburg's revolutionaries were not reacting to immediate post-war difficulties, but were acting upon their vision for the future.

In the final chapter of her study (chapter 6), Ewald explores the regulation of leisure time activities, especially dancing, by the revolutionary government, which also led to conflicts with the public. Moral and economic concerns had accompanied popular dancing for a long time. The workers' and soldiers' council initially took a relaxed approach to longer opening hours of dance venues, which provided popular entertainment. This attitude shifted in early 1919, however, when the revolutionaries realised that other urgent challenges (food supply, housing, demobilisation) meant that negotiations about leisure activities had to take a back seat. The allegedly rampant 'dance craze' was now perceived as inappropriate in view of the difficult times and limited resources in other areas. Furthermore, popular opinion seemed to have, in part, swung against a laissez-faire attitude towards dance entertainment. Ewald identifies a learning curve among the revolutionaries here, who realised by early 1919 that they had more to lose than to gain from a liberal policy on public dancing.

Christina Ewald's study sheds light on the difficult negotiating processes that followed the dramatic days of November 1918. She shows convincingly that Hamburg's revolutionary government was keenly aware of the necessity to solve everyday problems, while simultaneously trying to implement lasting change. At times, these two aims contradicted each other. Hamburg did not experience the violence of Berlin or Munich during the revolution, but a comparatively peaceful transition process in line with that in most German cities. Municipal revolutionary authorities concentrated their practical efforts on solving everyday issues, and by expanding political participation they paved the way for stable democratic governments in Germany's second city. While the stability of Hamburg's governments throughout the Weimar Republic was certainly due to specific local circumstances, Ewald's focus on negotiations, compromises, political learning curves and popular expectations enables us to understand revolutionary politics at the municipal level as dynamic and adaptable, and less as ideologically driven.

Zitierempfehlung

Nadine Rossol, Rezension zu: Christina Ewald, *Revolution und Ordnung. Aushandlungsprozesse zwischen Politik, Verwaltung und Gesellschaft in Hamburg 1918/19*, Wallstein Verlag, Göttingen 2024, in: *Archiv für Sozialgeschichte* (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82053.pdf>> [26.2.2025].